Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 Mal und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 5/6, und durch Kolporteure zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 2.50, pro Woche 20 Pf. Durch die Post bezogen Mk. 2.50, frei ins Haus Mk. 2.92, bei keine Post am Orte, Mk. 3.34.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Inseratenpreis: beträgt für die einspaltige Colonelzeile oder deren Raum 25 Pfennige, für Arbeitsmarkt, Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 15 Pfennige, Reklamartige Inserate 35 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittags 11 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Redaktion 3141. Organ für die werktätige Bevölkerung. Telephon Expedition 1206.

Nr. 192. Dienstag, den 18. August 1908. 19. Jahrgang.

Die Parteibewegung in Japan.

Die junge Parteibewegung in Japan hat einen schweren Stand. Obwohl der Kapitalismus gerade in diesem Lande mit Riesenschritten vorwärts eilt und das ganze öffentliche und private Leben bereits revolutioniert und in seinen Bann gezwungen hat, sind die Schwierigkeiten, welche eine klassenbewußte sozialdemokratische Partei zu überwinden hat, ganz außerordentlich. Das ganze geistige Leben auch der breiten Volksmassen steht noch stark unter dem Einfluß der Anschauungen aus der Feudalzeit, in der der Kaiser und seine Regierung als heilig galten und jede Auflehnung gegen die Obrigkeit oder Gutsherrschaft als Verbrechen betrachtet wurde. Dieser Geist wird nicht nur mit allen Mitteln, insbesondere durch den Schulunterricht, aufrecht zu erhalten gesucht; der Hurrapatriotismus, welcher seit den zwei siegreichen Kriegen gegen China und Rußland üppig in die Halme geschossen ist, wirkt in derselben Richtung. Dazu kommt, daß es in Japan so gut wie gar keine Arbeiterschutzgesetzgebung gibt, dabei aber auch das Koalitionsrecht, obwohl es durch die Verfassung gewährleistet ist, durch eine sehr willkürliche Polizeipraxis wieder zum größten Teil illusorisch gemacht wird. Die langen Arbeitszeiten, die niedrigen Löhne und das fast völlige Fehlen einer Sonntagsruhe erschweren die Aufklärung des Proletariats noch weiter. Zwar gibt es in Japan heute, wenigstens nach der offiziellen Statistik, nur mehr sehr wenige Analphabeten; aber das Volk ist meist zu arm, um Zeitungen regelmäßig halten zu können. Das Parteiblatt, welches heute noch mit einer geringen Auflage rechnen muß, und das zugleich auch noch allen Schikanen polizeilicher und gerichtlicher Verfolgung ausgesetzt ist, muß aber auch notwendig teurer sein als die auf Massenvertrieb angelegten Schundblätter.

Tatsächlich hat denn auch unsere Parteipresse in Japan schwer zu kämpfen. Zuerst erschien unter dem Namen „Die Arbeitswelt“ ein Blatt dreimal monatlich. Es waren dies Hefte in Quartformat mit etwa 30 Seiten japanischen und 2 Seiten englischen Textes. Seit Januar 1902 führte das Blatt den Titel „Der Sozialist“. Die Schwierigkeiten, denen die Bewegung und insbesondere ihr Organ zu begegnen hatten, wuchsen natürlich infolge des russischen Krieges, es kam zur Einstellung des Blattes, und längere Zeit schien der japanische proletarische Sozialismus verstummt. Die führenden Genossen ließen aber die Hoffnung nicht sinken und gaben nun ein „Sozialistisches Wochenblatt“ heraus, in dem nur eine Spalte dem englischen Text reserviert war. Hier zeigte sich nun leider, daß die schweren Zeiten auch auf das innere Leben der Partei nicht ohne Einfluß geblieben waren. Heißblütigen Parteigenossen erschienen die Fortschritte auf der bisher betretenen Bahn zu langsam, und so entwickelte sich als Resultat und Gegenwirkung der obrigkeitlichen Bedrückung in den Reihen der Genossen eine „syndikalistische“ Richtung nach französischem Vorbild mit anarchistischem Einschlag. Infolgedessen kam es sogar innerhalb der Redaktion des Parteiblattes zu einem Bruch und dadurch auch zur Einstellung des Blattes selbst. Der unermüdliche Genosse Katayama, der bisher noch alle Parteiblätter herausgegeben hat, erlahmte aber auch jetzt noch nicht, und seit dem 25. Mai dieses Jahres erscheinen nun die „Socialist News“. Eine zweite Nummer ist am 15. Juni erschienen, der Herausgeber bindet sich vorläufig an keine Termine und will das Schwergewicht auf die mündliche Agitation im Lande verlegen. Zu diesem Zweck unternimmt er fortwährend Agitationstouren. Das Blatt enthält sieben Seiten japanischen und eine volle Seite englischen Textes.

Auf dieses Mittel internationaler Verständigung hat der Herausgeber von jeher das größte Gewicht gelegt, und obwohl ihm die heftige Agitation gegen die gelbe Arbeit in Nordamerika und Australien oft die größten Schwierigkeiten bereitete, hat er unentwegt an der internationalen Solidarität des Proletariats festgehalten. Diese Prinzipientreue ist nicht gering anzuschlagen, wenn man bedenkt, mit welcher Erbitterung in den letzten Jahren gelbe und weiße Arbeiter in Kanada und in den Vereinigten Staaten aufeinandergeprallt sind, und einen wie starken Widerhall diese Kämpfe in den Gemütern der von allen Seiten im Sinne des Chauvinismus verhetzten Proletarier finden mußten.

Auch für uns hat die junge Bewegung nicht nur ein Kuriositätsinteresse und nicht nur theoretische Bedeutung. Heute schon werden unsere Seeleute vielfach von gelben und dunkelhäutigen Arbeitern verdrängt, deren Lebensansprüche noch geringer sind, deren Ausbeutungsmöglichkeit aber weder durch Gesetze, noch durch die Macht der Organisationen gehemmt wird. In Amerika und Australien ist die Frage der gelben Arbeit zu einem der brennendsten Probleme der Tagespolitik geworden, und auch für uns kann sie vielleicht früher, als man denkt, aktuell werden. Da kann und darf es uns nicht gleichgiltig bleiben, ob auch in den Reihen des farbigen Proletariats die Saat des Sozialismus aufgeht, ob auch ihre Kraft und Menschenwürde durch gewerkschaftliche und politische Organisation erhalten und gestärkt wird. Im letzten Jahrzehnt hat Japan begonnen, den fernen Osten politisch zu revolutionieren und kapitalistisch auszubeuten. Es ist für uns eine Lebensfrage, ob mit diesem Eroberungszuge des Kapitals auch der Befreiungskampf des gelben Proletariats von Japan seinen Ausgang nimmt. Es darf uns nicht genug sein, daß in Stuttgart der Beschluß gefaßt wurde, die Gewerkschaftsorganisationen derjenigen Länder seien zu unterstützen, aus denen sich die Einwanderung in erster Linie rekrutiert. Nun heißt es auch danach handeln. In der japanischen wie in jeder jungen Arbeiterbewegung sind die beiden Zweige der politischen und der gewerkschaftlichen Betätigung praktisch kaum zu trennen. Möge deshalb der Ruf des Genossen Katayama nach moralischer und materieller Hilfe von seiten der abendländischen Genossen nicht ungehört verhallen. Freilich, wenn er glaubt, daß Proteste in der Presse des Abendlandes gegen die Verfolgungen und Schikanen, mit denen die Polizei unsere Genossen in Japan heimsucht, auf die Regierung seines Landes Einfluß üben werden, können wir seine Hoffnung kaum teilen. Um dies Urteil der europäischen Arbeiter wird sich die japanische Regierung nicht viel kümmern, die Verschleißer der großen „öffentlichen Meinung“ aber läßt die Knechtung und Plackerei des Proletariats vollkommen kalt. Was kümmert es sie, daß in Japan die Preßfreiheit für sozialistische Blätter nicht gilt, daß die Polizei die Genossen auf Agitationsreisen bespitzelt, ihnen die Versammlungen dadurch unmöglich macht, daß sie die Gastwirte zwingt, ihnen die Säle zu verweigern, und daß sie die Versammlungen, die dennoch zustande kommen, mutwillig auflöst. All das hat ja auch in Europa selbst diese Presse noch nie in Aufregung versetzt; warum sollte sie sich darüber ereifern, wenn in Japan die Polizei versucht, in den Familien der Genossen Unfrieden zu stiften, um diese zu zwingen, sich von der Bewegung zurückzuziehen, oder wenn sie durch Schikanierungen die Gastwirte veranlaßt, reisende Genossen hinauszuweisen. Von dieser Seite ist auf keine Hilfe zu hoffen, und unsere Stimme wird auf die japanische Regierung nicht viel Eindruck machen.

Wohl aber sollten wir die japanische so hoffnungsvolle Bewegung, die gerade in der letzten Zeit wieder eine Reihe geglückter Streiks aufzuweisen hat, mit mehr Aufmerksamkeit verfolgen und auch durch den Ausdruck unserer proletarischen Sympathien die internationale Solidarität auch mit dem gelben Arbeiter wach halten. Insbesondere sollten wir diese dadurch betätigen, daß wir die in Stuttgart gefaßten Beschlüsse zur Ein- und Auswanderung möglichst rasch in Wirklichkeit umzusetzen suchen. Die Oeffentlichkeit sollte doch wenigstens erfahren, was das Internationale Bureau bisher getan hat, um den in Stuttgart erhaltenen Aufträgen in dieser Hinsicht gerecht zu werden. Unsere Sache ist es, dem internationalen Kampf des Kapitals die internationale Solidarität des Proletariats entgegenzusetzen.

Politische Uebersicht.

Die vaterlandslosen Agrarier. Als eine nationale Frage allerersten Ranges, die jeden einzelnen Deutschen angeht“, bezeichnet das Organ der Regierung, die „Nordd. Allgem. Ztg.“ die Finanzreformfrage. Die agrarische „Deutsche Tageszeitung“ fährt aber fort, eine Ausdehnung der Erbschaftssteuer, wie sie in den Entwürfen der Regierung vorgesehen ist, auf das allerentschiedenste zu bekämpfen. Sie droht jetzt sogar, daß sich die Konservativen mit dem Zentrum einigen könnten, um die Erbschaftssteuervorlage der Regierung zu Falle zu bringen. Die Welt würde dann das lustige Schauspiel erleben, daß die Konservativen gegen einen Teil der „nationalen“ Finanzreform, die Sozialdemokraten aber Mann für Mann für ihn stim-

Die Mutter.

Sozialer Roman von Maxim Gorki

Einzig autorisierte Uebersetzung von Adolf Heß.

79] (Nachdruck verboten.)

Er sprach schnell, eindringlich, ohne Atem zu holen. Sein Bart zitterte nervös, seine Augen betasteten blinzelnd und geschwind das Gesicht und die Gestalt der Mutter. Zerlumpt und zerzaust, mit wirrem Haar, schien er sich soeben mit jemandem geprügelt, den Gegner niedergezwungen zu haben, und nun von freudiger Siegeserregung ergriffen zu sein. Er gefiel der Mutter wegen seines mutigen Auftretens, und weil er gleich so offen und einfach sprach. Sie blickte ihm freundlich ins Gesicht und antwortete auf seine Frage. Er schüttelte ihr noch einmal die Hand und sagte leise in trockenem, sprödem Ton:

„Siehst Du, Stephan, die Sache ist sauber! Die Sache ist ausgezeichnet...! Ich habe Dir gesagt: das Volk fängt sozusagen eigenhändig an... Die Herrin sagt nicht die Wahrheit, die bringt ihr Schaden. Ich verehre sie, sie ist ein gutes Menschenkind und wünscht uns Gutes... Das heißt, nicht allzuviel und ohne Nachteil für sich selbst!... Das Volk will aber geradeausgehen und fürchtet weder Nachteil noch Schaden. Für das Volk ist das ganze Leben ein Schaden; es kann nirgends hin; ringsum hört es nichts als — Halt!...“

„Das stimmt“, sagte Stephan kopfnickend, und fügte sofort hinzu: „Sie macht sich Sorge wegen ihres Gepäcks!..“

Peter zwinkerte der Mutter verschmitzt zu, und begann wieder mit einer beruhigenden Handbewegung:

„Machen Sie sich keine Sorge! Kommt alles in Ordnung, Mamachen! Ihr Koffer ist bei mir... Vorhin, als er mir von Ihnen erzählte, daß Ihr vielleicht auch ein Teil daran hättet, und jenen Menschen kennt — sagte ich ihm: Paß auf, Stephan!... In solch schwerem Fall darf man nicht das Maul auftun! Na, und Sie haben uns auch offenbar gespürt, als wir bei Ihnen standen. Rechtschaffene Leute kann man gleich am Gesicht erkennen, weil nur so wenige auf der Straße gehen. Ihr Kofferchen ist bei mir...“

Er setzte sich neben sie, blickte bittend in ihre Augen und fuhr fort:

„Wenn Sie ihn etwas erleichtern wollen, helfen wir Ihnen dabei mit Vergnügen! Sache Bücher können wir brauchen...“

„Sie will uns alles geben!“ bemerkte Stephan.

„Das ist ausgezeichnet! Wir wollen schon einen Platz finden!“

Er sprang auf die Füße, schritt schnell in der Hütte auf und ab, und meinte zufrieden:

„Das ist sozusagen ein wunderbarer Zufall!... An der einen Stelle ist der Faden gerissen, an der andern wird er angedreht. Nicht übel!... Die Zeitung ist aber gut, Mamachen, die putzt die Augen rein. Den Herren ist das unangenehm. Ich arbeite hier sieben Werst entfernt bei einer Herrin als Tischler. Ein gutes Weib, muß man sagen, gibt uns allerhand Schriften. Bisweilen ganz einfache. Man liest sie, und es ist wie eine Offenbarung! Ueberhaupt sind wir ihr dankbar... Aber einmal zeigte ich ihr eine Nummer der Zeitung ... da war sie sogar beleidigt. Gibi das auf, Peter, sagte sie! Davon wird Euer Leid nur größer. Gefängnis und Sibirien steht darauf...“

Er schwieg plötzlich wieder, dachte nach und fragte:

„Sagen Sie mir doch, Mamachen, ist dieser Mensch Ihr Verwandter?“

„Nein, er ist mir fremd“, antwortete die Mutter.

Peter lachte klanglos und zufrieden über etwas, was ihm nicht klar war, und nickte mit dem Kopfe; in der nächsten Sekunde schien es der Mutter aber, daß das Wort „fremd“ in Bezug auf Rybin nicht am Platze sei und ihn kränken müßte.

„Ich bin nicht mit ihm verwandt“, sagte sie, „kenne ihn aber schon lange und verehre ihn, wie einen leiblichen Bruder ... einen älteren....“

Das richtige Wort fand sie nicht, und das war ihr unangenehm und schmerzlich. Mürrische Stille füllte erwartungsvoll die Hütte, Peter neigte den Kopf auf die Schulter und stand da, als horche er. Stephan hatte die Ellbogen auf den Tisch gestützt und klopfte die ganze Zeit über mit dem Finger nachdenklich auf die Platte. Sein Weib hatte sich an den Ofen gelehnt. Die Mutter fühlte in der Dämmerung ihren unverwandten Blick und sah ihr bisweilen selbst ins Gesicht — ein ovales, braunes, mit gerader Nase, und kurz und energisch geformtem Kinn. Ihre grünlichen Augen glänzten eindringlich und scharf:

„Also ein Freund“, meinte Peter leise, „einer mit Charakter. N' ja... Der schätzt sich hoch ein, ganz wie sichs gehört... Das ist ein Mensch, Tatjana, ah? Du sagst...“

„Ist er verheiratet?“ unterbrach ihn Tatjana, die dünnen Lippen fest zusammenpressend.

„Er ist Witwer!“ erwiderte die Mutter traurig.

„Deswegen ist er auch so verwegen!“ sagte Tatjana mit tiefer Bruststimme. „Ein Ehemann geht solchen Weg nicht, der fürchtet sich...“

„Aber ich? Ich bin doch auch verheiratet...“ rief Peter.

„Du hör' auf, Gevatter!“ sagte das Weib, ohne ihn anzublicken. „Was bist Du denn? Du redest nur viel und liest mal was vor. Die Leute haben wenig Nutzen davon, daß Du mit Stephan in der Ecke herumtuschelst.“

„Mich hören eine ganze Menge“, erwiderte der Bauer gekränkt und leise. „Ich bin hier so viel wie Sauerteig... Du sprichst ganz umsonst...“

Stephan blickte schweigend sein Weib an und senkte wieder den Kopf.

„Warum heiraten die Bauern nur?“ fragte Tatjana. „Sie brauchen eine Arbeiterin, sagen sie... Es ist aber keine Arbeit da!“

„Was, willst Du noch mehr zu tun haben?“ flocht Stephan dumpf ein.

„Die Arbeit, von der Du sprichst, hat gar keinen Zweck. Hunger leidest Du trotzdem Tag für Tag. Werden Kinder geboren, hat man keine Zeit, nach ihnen zu sehen — immer wegen dieser Arbeit, die doch kein Brot gibt.“

Sie trat zur Mutter, setzte sich neben sie und sprach hart, ohne Mitleid und Grummer:

„Ich hatte zwei Kleine. Einer, ein Zweijähriger, hat sich mit heißem Wasser verbrüht, den anderen habe ich nicht ausgetragen, er ist totgeboren ... wegen dieser verfluchten Arbeit! Macht einem das Freude? Ich sage, die Bauern heiraten ganz unnütz, binden sich nur die Hände. Wenn sie ledig blieben, könnten sie für die Wahrheit eintreten, wie jener Mensch ... Habe ich recht, Mütterchen?“

„Du hast recht!“ sagte die Mutter. „Hast recht, Liebe. Anders bezwingt man das Leben nicht.“

„Habt Ihr denn einen Gatten?“

„Der ist tot. Ich habe einen Sohn.“

„Und wo ist der, wohnt er bei Euch?“

„Er sitzt im Gefängnis!“ antwortete die Mutter und fühlte dabei, daß diese Worte außer dem gewohnten Kummer ihre Brust mit ruhigem Stolze erfüllten.

„Haben ihn schon zum zweiten Male eingesperrt!... Und immer deswegen, weil er Gottes Wahrheit verstanden und sie offen ausgesät hat, ohne sich zu schonen. Er ist jung und ein hübscher Bursche ... ein kluger! Die Zeitung hat er erfunden und Michailo Iwanowitsch auf den rechten Weg gebracht, obgleich Michailo doppelt so alt ist, wie er... Jetzt werden sie über meinen Sohn deswegen Gericht halten und ihn verurteilen. Aber er flieht aus Sibirien und tut dann wieder seine Arbeit! ... Es sind schon viele solche Leute geboren und kommen immer mehr hinzu; und alle werden bis an ihr Ende für die Freiheit der Menschen und die Wahrheit eintreten.“

Sie vergaß, jede Vorsicht, und wenn sie auch keine Namen nannte, so erzählte sie doch alles, was sie von der Geheimarbeit zur Befreiung des Volkes aus den Ketten der Sklaverei wußte. Indem sie Bilder entwarf, die ihrem Herzen teuer waren, legte sie alle Kraft und den Ueberfluß an Liebe in ihre Worte.

Es machte ihr Vergnügen, ihren längst gehegten Wunsch zu verwirklichen. Jetzt sprach sie selbst über die Wahrheit. (Fort. folgt.)

man und wahrscheinlich der Regierung gegen die Konservativen und ihren Bundesgenossen zum Siege verhelfen würde. Die Konservativen und ihre Hilfsvölker könnten dann allerdings wieder als erwünschte Bundesgenossen der Sozialdemokratie bei der Gesamtabstimmung das ganze Finanzreformprojekt zu Fall bringen. Vermutlich wird man, um solche burleske Situationen zu vermeiden, die Erbschaftssteuer so harmlos gestalten, daß sie auch jeder Agrarier unbedenklich annehmen kann.

Wann aber wird das heuchlerische Gerede von der „nationalen" Finanzreform aufhören? Als gäbe es im Deutschen Reiche auch nur eine einzige bürgerliche Partei, der die Finanzreformfrage etwas anderes wäre als eine simple Geldsackfrage ihrer Sippe! Schon gar die Junker! Für sie gibt es keine Nation als sie selber, und diese Nation will leben, sogar sehr gut leben! Das Zahlen aber ist immer die nationale Pflicht der anderen!

Der Kampf ums wahre Christentum in den Gewerkschaften. Die deutschen christlichen Gewerkschaftsführer haben bekanntlich auf dem internationalen christlichen Gewerkschaftskongreß in Zürich dem Papst und den Bischöfen das Recht bestritten, den katholischen Arbeitern vorzuschreiben, wie sie sich zu organisieren haben. Herr Giesberts meinte, die Kirche könne die Verantwortung für die Interessenkämpfe der Arbeiter nicht auf sich nehmen und müsse sich deshalb eines Einspruches in die wirtschaftlichen Bestrebungen der Arbeiter enthalten.

Derartige Aeußerungen haben nun den ganzen Zorn der katholischen Fachabteiler hervorgerufen. Ihr Organ, der „Arbeiter" in Berlin, hält Herrn Giesberts entgegen, daß die Kirche für jeden Kampf eintreten könne, der im Geiste wahren Christentums geführt werde, dagegen müsse sie allerdings die Verantwortung für jeden Kampf ablehnen, der den christlichen Grundsätzen widerspreche. Herr Giesberts bestätige demnach

1. daß die Kämpfe der christlichen Gewerkschaften den Grundsätzen des Christentums widersprechen,
2. daß also die christlichen Gewerkschaften gar keine christlichen Gewerkschaften sind,
3. daß selbstverständlich in solchen Gewerkschaften kein Geistlicher, vor allen Dingen aber kein wahrhaft christlicher Arbeiter hineingehört.

Herrn Schiffer, der die christlichen Gewerkschaften für rein wirtschaftliche Unternehmungen erkläre, denen gegenüber den Bischöfen kein Machtwort zustehe, hält das Blatt entgegen:

„Seine anmaßenden Aeußerungen beweisen nur, daß er nicht die geringste Ahnung von der sittlichen Würde und den Pflichten der Arbeit hat, die die Kompetenz des Episkopats in seiner doppelten Eigenschaft als gottgesetzter Lehrer und Hirt der Christenheit in vollem Umfange begründen."

In einer Zuschrift an den „Arbeiter" wird die Mahnung an die katholischen Arbeiter gerichtet, weit ab von solchen Führern (Giesberts, Schiffer, Weber) zu rücken,

„denn wir sind katholische Männer und wir wissen auch, daß die Züricher Vorgänge auch in den Kreisen helle Entrüstung hervorgerufen haben, die in der Gewerkschaftsfrage nicht auf unserem Standpunkte stehen." Es gehöre ein trauriger Mut für Leute dazu, die sich als Katholiken bezeichneten, den Ratgeber, Korrektor und Kritiker des hochwürdigen Episkopates zu spielen. „Eine solche Sprache in einer auch von Andersgläubigen besuchten Versammlung — das hat uns die Schamröte ins Gesicht getrieben. Nicht bloß die 120.000 Arbeiter unseres Verbandes, nein, mit uns protestieren Hunderttausende andere katholische Arbeiter und Mitglieder anderer Stände gegen eine solche Sprache. Wir haben Priester in den letzten Tagen gesprochen, die wahrlich nicht in der Gewerkschaftsfrage mit uns übereinstimmen, sie waren in tiefster Seele entrüstet."

So tobt in der katholischen Arbeiterschaft seit dem Bestehen der christlichen Gewerkschaftsbewegung der Streit über die Art und das Maß, wie Religion und Kirche in der Arbeiterbewegung mitzusprechen haben. Die christlichen Gewerkschaften haben sich das Süppchen selber eingebrockt, indem sie wirtschaftliche Bestrebungen mit religiösen Anschauungen vermischten und dadurch den Vertretern der Kirche den Anlaß gaben, sich als Vormünder der gewerkschaftlichen Bestrebungen der katholischen Arbeiter aufzuspielen. Es ist ein Unding, wirtschaftliche Bestrebungen auf „christlicher Grundlage" durchzuführen, aber wer das als notwendig anerkennt, wie das die christlichen Gewerkschaften tun, der muß sich auch gefallen lassen, daß noch frommere Leute die Konsequenzen ziehen und sich völlig unter die Vormundschaft der Kirche stellen. Deshalb heraus mit allen Religionsgeschichten aus den Gewerkschaften.

Die Klage des Agrariers. In der „Deutschen Tageszeitung" nimmt ein Agrarier, ein gewisser Emmo Foerster aus Kontopp, das Wort, um vorzuschlagen, wo der Staat sparen könne. Er findet, daß die Beamten nicht nur ein sehr angenehmes Dasein haben, sondern daß ein erheblicher Teil davon auch völlig überflüssig ist. Von einer Aufbesserung der Beamten befürchtet er eine Erhöhung der Steuern und das ist die Stelle, an der auch der Agrarier sehr leicht verwundbar ist.

Zum Beweis dafür, wie sehr die Landwirtschaft belastet ist, tischt er wieder das alte Märchen auf, daß es verschuldete Landwirte gibt, die 40 Prozent ihres Einkommens allein an Steuern hingeben müssen. Daraus zieht er den Schluß, daß zunächst das mobile Kapital zu höheren Steuern heranzuziehen, der Grundbesitz aber zu schonen, und vor allem auf eine gerechtere Verteilung der Kommunalabgaben und Schullasten Bedacht zu nehmen ist. Von einer Erbschaftssteuer auf die Erbschaften der nächsten Verwandten kann selbstverständlich nicht die Rede sein, wenn man nicht den Grundbesitz ruinieren und mobilisieren will.

Nicht genug, daß die Agrarier fortgesetzt nach neuen Liebesgaben heischen, sind sie auch bestrebt, sich vor jeder steuerlichen Belastung zu drücken. Wenn schließlich der erwähnte Agrarier betont, daß die Abgeordneten auf Sparsamkeit drängen müßten, dann ist er gut, sich damit an seine konservativen Parteifreunde zu wenden, die mitgeholfen haben, daß Deutschland in diese heillose Schuldenwirtschaft getrieben wurde. Die Sozialdemokratie hat wahrlich oft genug gezeigt, daß wir mit dieser Politik dem Abgrund zustreben.

Der Beschwichtigungshofrat. Von „unterrichteter Seite" will die „Vossische Zeitung" gehört haben, daß die Heeresverwaltung für die nächsten Jahre keine erheblichen Neuforderungen stellen werde. Es darf aber wohl als feststehend angesehen werden, daß das neue Quinquennatsgesetz überhaupt keine Neuformationen in den drei Hauptwaffen bringen wird und daher auch keine Formationen von Armeekorps oder Divisionen. Lediglich für die technischen Truppen, die Fußartillerie und die Trains dürften Neuformationen in Frage kommen, und außerdem wird es sich um die Etatisierung der jetzt durch Abkommandierungen gebildeten Truppenkörper handeln. Naturgemäß ist aber gerade für die Heeresverwaltung eine jahrelange Bindung im voraus nicht möglich, weil auf die Bedürfnisse des Heeres, die Gestaltung der fremden Armeen und die Entwickelung der Technik von Einfluß sind.

Es kommt eben ganz darauf an, was man unter „erheblichen Forderungen" versteht. Neuformationen der Fußartillerie kommen unter allen Umständen sehr teuer zu stehen. Und die Beschwichtigungsnote der „Vossischen" wird am besten durch den letzten Satz charakterisiert, wonach sich die Heeresverwaltung überhaupt nicht auf Jahre hinaus binden könne. Das läßt nicht nur die Möglichkeit, sondern geradezu die Gewißheit offen, daß ganz erhebliche Militärforderungen zu erwarten sind.

Erhöhung der Soldatenlöhnung. Wie die „Vossische Zeitung" aus sicherer Quelle erfährt, soll kommenden Herbst vom Reichstag eine Erhöhung der Löhnung der Soldaten gefordert werden.

Es dürfte sich dabei um eine Zulage von 8 Pfennig für den Tag handeln, wodurch Mehrausgaben für den Heeresetat von jährlich 15 Millionen entstehen. Außerdem soll in Zukunft den Mannschaften auch das bisher von ihnen beschaffte Putzzeug kostenfrei geliefert werden.

Diese Mitteilung beruht ohne Zweifel auf Richtigkeit. Bei dieser Gelegenheit sei festgestellt, daß die Aufbesserung der Soldatenlöhnung als ein Erfolg der Sozialdemokratie zu betrachten ist. Die sozialdemokratischen Mitglieder der Budgetkommission hatten dieses Frühjahr den Antrag gestellt, der nur deshalb abgelehnt wurde, weil er von den Sozialdemokraten ausging. Nun kommt der Kriegsminister selbst mit diesem Antrag. Das ändert natürlich nichts an der Tatsache, daß die Erhöhung der Soldatenlöhnung auf eine sozialdemokratische Anregung hin erfolgt. Unbeschadet unserer grundsätzlichen Gegnerschaft zum Militarismus haben wir die Pflicht, nach Kräften für unsere Brüder im Waffenrock, die diesen Rock ja nicht freiwillig tragen, einzutreten.

Die Kandidatur Posadowskys in Ludwigshafen ist fraglich geworden. Nach einer Münchener Meldung soll er bereit gewesen sein, eine Kandidatur zu übernehmen, aber nur unter der Voraussetzung, daß ihm dieselbe gleichzeitig auch vom Zentrum angeboten werde.

Das Zentrum soll nunmehr abgelehnt haben, eine Kandidatur Posadowskys zu unterstützen.

Evangelischer „Reinigungsprozeß". Eine Anzahl evangelischer Arbeitervereine im Ruhrrevier haben Mitglieder ausgeschlossen, weil dieselben bei der preußischen Landtagswahl sozialdemokratisch wählten. Die Ausgeschlossenen werden sehr zufrieden mit der evangelischen Toleranz sein.

Veteranen-Petition. Die deutschen Kriegsteilnehmer haben eine Petition an den Reichstag beschlossen, in der sie bitten, auch solche Veteranen als unterstützungsbedürftig zu erachten, die ein Einkommen bis zu 900 Mark jährlich haben.

Bei der von den bürgerlichen Parteien bisher bekundeten, lediglich platonischen Liebe zu den Veteranen haben die Petenten leider kaum auf Erfolg zu rechnen.

Es sind ja nur Lehrer! Eine Deputation des Gauverbandes westfälischer Lehrer hatte bei Minister Dr. Holle um eine Audienz nachgesucht, die auch in Aussicht gestellt wurde. Jetzt ist den Lehrern eröffnet worden, daß der Kultusminister es ablehnen müsse, sie zu empfangen. — Ob Geistliche auch eine solche Antwort bekommen hätten?

Wegen 38 Pfg. — drei Monate Gefängnis! Ein Bild von Elend beim Militär bot ein Fall, der jetzt vor dem Dresdner Kriegsgericht zur Verhandlung gelangte, wodurch auch die harten Strafbestimmungen bei schwerem Diebstahl eine grelle Beleuchtung erfuhren. Auf der Anklagebank mußte der bisher unbestrafte Soldat Richter vom 177. Infanterie-Regiment Platz nehmen. Der sehr gut beurteilte Angeklagte war am 30. Juli ohne einen Pfennig Bargeld, von zu Hause ist er unbemittelt. Er hatte Hunger und wollte sich etwas zu essen kaufen. Kurz entschlossen nahm er seinen Schrankschlüssel und öffnete damit den Schrank seines Kameraden, an welchem sein Schlüssel zufällig paßte. Aus einem Geldbeutel, in welchem sich 8—10 Mk. befanden, nahm der Angeklagte eine Mk. Er ging mit dem Gelde nach der Kantine und kaufte sich für 38 Pf. Eßwaren. Der Diebstahl wurde gleich entdeckt und der Angeklagte gestand die Tat sofort ein, die noch übrigen 62 Pf. gab er seinem Kameraden gleich wieder zurück. Man nahm Angeklagte ein umfassendes und reumütiges Geständnis ab und erklärte weinend, er habe Hunger gehabt, wenn kleineres Geld im Beutel gewesen wäre hätte er weniger genommen. Durch das Oeffnen des Schrankes war der Tatbestand des schweren Diebstahls gegeben und das Kriegsgericht erkannte auf die Mindeststrafe von — 3 Monaten Gefängnis!

Ob den Richtern nicht das Herz geblutet hat mit Rücksicht auf die ganzen Umstände und der Geringfügigkeit, diese ungemein harte Strafe aussprechen zu müssen?

Der Kampf um das Koalitionsrecht und die liberalen Stadtverwaltungen — über dieses Thema hat sich der Magistrat von Augsburg jüngst in echt liberaler Weise ausgesprochen. Der sozialdemokratische Verein des Reichstagswahlkreises Augsburg hatte nämlich mit Rücksicht auf den Geheimerlaß des bayerischen Metallindustriellen-Verbandes und ferner mit Rücksicht auf das entsprechende Vorgehen der Gemeindekollegien in München und Nürnberg, bei den städtischen Kollegien in Augsburg den Antrag eingebracht, es solle Beschluß dahin gefaßt werden, daß bei Vergebung städtischer Arbeiten und Lieferungen nur solche Firmen zu berücksichtigen seien, die ihren Angestellten, als Technikern, Handlungsgehilfen, Arbeitern usw. beiderlei Geschlechts das Koalitionsrecht ohne jede Einschränkung gewähren. Der Magistrat beschloß darauf einstimmig, dem Antrage keine Folge zu geben. Obwohl er mit aller Schärfe das Vorgehen des bayerischen Metallindustriellen-Verbandes verurteile, so müsse er, wie er ausführt, den Antrag dennoch ablehnen und zwar aus folgenden Gründen:

Es könne nicht Aufgabe einer Stadtverwaltung sein, in den mit der Wahrung und Geltendmachung des Koalitionsrechts regelmäßig, und so auch im vorliegenden Falle verbundenen wirtschaftlichen Kampf zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern durch Erlaß einer auf sozialpolitischem Gebiete liegenden Vorschrift einzugreifen und für einen Streitteil Partei zu nehmen. Es müsse ferner dem Staate überlassen bleiben, seinem Gesetze Beachtung zu verschaffen und eine Verletzung desselben zu ahnden. Selbst wenn man aber eine Stadtverwaltung zur Einmischung in einen wirtschaftlichen Kampf an sich für berufen halten wollte, wäre wenigstens im gegenwärtigen Augenblick zu einem solchen Vorgehen kein genügender Anlaß gegeben. Denn nach den Mitteilungen der Presse sei der erwähnte Erlaß zurückgezogen worden und komme somit nicht zum Vollzug.

Das alles sind natürlich faule Ausreden, die in anderen Kommunen nicht verfangen haben. Aber wie könnte sich auch die Augsburger Stadtverwaltung gegen die Augsburger Kapitalisten wenden.

Ultramontanismus und Schule. Ein Beitrag zum Katholikentag. Im zweiten Band seines „Beichtspiegel" schreibt der katholische Geistliche Hans Kirchsteiger mit rührender Offenheit:

Bischof (instruiert einen neu installierten Pfarrer): „Der Priester darf nie vergessen, daß die Schule immerfort das Kind unserer Mutter, der heiligen Kirche, ist und bleibt, wenn uns auch der glaubenslose Staat dieses Kind geraubt und durch Gesetze, die der heilige Vater selbst abscheuliche genannt hat, an sich kettet. Wenn auch beraubt und verfolgt wird, sind und bleiben wir die von Gott aufgestellten Herren über die Schule und über die Lehrer. Die Lehrer sind unsere Untergebenen, wenn sie auch noch so hochmütig an uns vorübergehen. Es ist ein Verrat an der Kirche, den ein Priester begeht, wenn er die Neuschule und ihre Lehrer nicht bekämpft, sondern sich sogar durch Freundschaft mit den Lehrern herabwürdigt."

Man wird verstehen, wenn manches Pfäfflein, das diese Weisheit in sich gesogen, mit einem wahren Fanatismus gegen Lehrer und Schule ankämpft.

Wiemer, der Fürchterliche. Wie die freisinnige Presse verkündet, hat der Abgeordnete Dr. Wiemer in Kiel in einer Versammlung über den Fall Schücking gesprochen und hat eine außerordentlich scharfe Kritik an dem Verhalten der Regierung geübt. Ausgerechnet Herr Dr. Wiemer, dessen Organ, die „Freisinnige Zeitung" volle zwei Tage brauchte, um sich zu dem Fall Schücking überhaupt zu äußern. Die Regierung macht sich natürlich aus dieser „außerordentlich scharfen Kritik" absolut nichts, denn sie weiß, daß das unter einer Löwenhaut brüllende Tier eben — kein Löwe ist.

Reichstagsersatzwahl in Prenzlau-Angermünde. Der Termin für die Nachwahl im Kreise Prenzlau-Angermünde ist auf den 14 Oktober anberaumt worden. Für uns kandidiert wieder Genosse Otto Weis, für die Konservativen der Sohn des verstorbenen Abgeordneten Oberregierungsrat v. Winterfeldt-Potsdam. Ob die Freisinnigen einen eigenen Kandidaten aufstellen oder sofort für die Konservativen stimmen, steht noch nicht fest.

Die Sozialliberalen in Rheinland-Westfalen hielten am Sonntag, den 9. August, in Düsseldorf einen Delegiertentag ab. Der Delegiertentag beschloß einstimmig folgende Resolution:

1. Der Delegiertentag der Sozialliberalen Vereinigung für Rheinland-Westfalen vertritt die Anschauung, daß eine Reaktion, wie sie zurzeit geradezu in unerhörter Weise in der Verwaltung der beiden größten Bundesstaaten Preußen und Bayern sich breit macht, unvereinbar ist mit den Grundlagen der Blockpolitik.
2. Er erwartet vom Zentralvorstande, daß dieser in Bälde Stellung nimmt zu den Fällen von Beschränkung der Staatsbürgerrechte deutscher Beamten, wie sie u. a. in den Fällen Schücking, Hansen, Fuchs zutage getreten ist;
3. daß die Abgeordneten beider Parlamente sogleich nach dem Zusammentritte der Häuser Aufklärung über diese Mißgriffe der Verwaltung verlangen, erscheint selbstverständlich. Sollte die daraus hervorgehende Erörterung zu befriedigenden Resultaten für den entschiedenen Liberalismus nicht führen, so ist ohne weiteres die Blockgemeinschaft aufzugeben, da sie nicht geschlossen ist zu fortwährender Vergewaltigung des Liberalismus.

Leider haben die Sozialliberalen in Rheinland-Westfalen noch weniger Einfluß, als anderwärts.

Der Gesetzentwurf über die Arbeitskammern soll in umgearbeiteter Form bereits im Herbst dem Reichstag vorgelegt werden. Angeblich sind die erhobenen Einwände samt und sonders berücksichtigt worden.

Katholische Nächstenliebe am Grabe. Bei der Beerdigung des bekannten Professors Olbrich fiel es auf, daß ein evangelischer Geistlicher amtierte, während Olbrich katholisch war. Es stellte sich heraus, daß der katholische Geistliche seine Dienste versagt hatte, weil Olbrich mit einer geschiedenen Frau verheiratet war. — Das ist natürlich viel sündhafter, als wenn ein Pfaffe seine Köchin liebt.

Erholung auf Staatskosten. Dr. Dietrich Hahn, der streitbare Direktor des Bundes der Landwirte, ist auf der Suche nach einem Ruheposten. Als solchen betrachtet er die Stelle eines Landeshauptmannes der Provinz Hannover, um die er sich beworben hat. Der „Deutsche Bote" bestätigt, daß Herr Dr. Hahn deshalb ausspannen will, weil die bündlerische Agitation seine Nerven stark mitgenommen habe. Mit seinem Versuch, diese Sinekure zu erhalten, hat er freilich anscheinend keinen Erfolg, denn die nationalliberale Presse erklärt, daß seine Ernennung eine Brüskierung der nationalliberalen Partei wäre.

Warum verlangt man ein staatliches Genesungsheim für erholungsbedürftige Agitatoren des Bundes der Landwirte? Fürst Bülow würde gewiß bestrebt sein, auch diesen Wunsch zu erfüllen.

Was der Moloch frißt! Der Ankauf des Truppenübungsplatzes an der badisch-hohenzollernschen Grenze bei Ebingen, Balingen und Pfraufletten für das 14. badische Artilleriekorps ist nach dem „Neuen Stuttgarter Tagblatt" zum Preise von zwei Millionen Mark erfolgt.

Die siebente Uniform-Aenderung. Der kürzlich gemeldeten sechsten Uniformänderung bei den Jägern zu Pferde, die in der Einführung des graugrünen Mützendeckels an Stelle des weißen bestand, ist die siebente Aenderung sehr bald auf dem Fuße gefolgt. Die Stiefel und sämtliche Ausrüstungsstücke aus Leder, also die Bandoliere, Koppel, die Lederscheiben der Stichdegen der Offiziere usw., die bisher aus braunem, naturfarbenem Leder gefertigt wurden, und eine verhältnismäßig helle Tönung hatten, sind, wie die „Mil.-pol. Korrespondenz" erfährt, fortan in einer dunkleren Farbe herzustellen. — Wann kommt nun die achte Aenderung? — Wir haben's ja dazu!

Ausland.

Brief aus der sibirischen Katorga. Die Redaktion des „Golos Sozialdemokrata" erhielt nachstehenden Brief aus der sibirischen Katorga:

„Obwohl die Körperstrafen durch das Manifest vom 24. August 1904 in Rußland aufgehoben wurden, werden sie in den Disziplinarbataillons und Gefängnissen noch heute angewandt... Im Sommer 1907 wurden im Zuchthaus Nr. 1 in Tobolsk einige politische Gefangene körperlichen Züchtigungen unterworfen. Hierauf brachen in beiden dort befindlichen Zuchthäusern Unruhen aus. Es wurde Militär requiriert und im Zuchthaus Nr. 2 der politische Gefangene Semenow getötet und einige Gefangene verwundet. Nach einigen Tagen wurde der Gefängnisdirektor Bogojawlenski ermordet... Vor kurzem ereignete sich im Dorf Anutschino (Küstengebiet), wo seit Okto-

der 1907 eine Disziplinar-Rotte weilt, folgender Vorfall. Im November v. J. wurde ein Gefangener einer Exekution unterworfen. Der Unteroffizier, der die Exekution leitete, wurde bald darauf ermordet. 12 Gefangene wurden aus diesem Anlaß zu 15jähriger bis lebenslänglicher Zwangsarbeit verurteilt. Am 11. Januar sollte ein Gefangener körperlich gezüchtigt werden. In der ersten Halbrotte begann es zu gären. Zur Aufrechterhaltung der Ordnung wurde ein Offizier dahin beordert. Er begann eine Rede über Körperstrafe zu halten. Es ertönten von allen Seiten Entrüstungsrufe, ein Gefangener schug den Offizier zu Boden; man entriß ihm den Säbel und brachte ihm einige Verletzungen bei. Inzwischen sollte im Karzer die Exekution stattfinden. Die Insassen desselben erklärten, daß sie sich nich lebend in die Hände der Administration geben würden. Man meldete das dem Kommandeuer der Rotte Kubitzky. Mit dem Revolver in der Hand begibt sich dieser in den Karzer. Auf dem Wege dahin erhält er mit einem Stein zwei Schläge ins Gesicht. Es fallen Schüsse — zwei Gefangene stürzen tot zu Boden. Die Halbrotte wird hierauf im Hofe in Reih und Glied aufgestellt und der verletzte Offizier nennt, längs der Front gehend, die Namen derjenigen, die ihm Schläge beibrachten. 38 wurden daraufhin verhaftet. Das Kriegsgericht tagte in Amutschino: 7 wurden hingerichtet und 15 zur lebenslänglichen Zwangsarbeit verurteilt." —

Aus der Katorga in Algatschi schreibt man: Die Stimmung ist hier furchtbar. Zusammenstöße sind unvermeidlich Akatui ist jetzt ein Reich der Toten: kein Laut dringt von dort her. In Algatschi sind Blut, Leichen, Körperstrafen an der Tagesordnung . . . Die Obrigkeit verlangte, daß man in den Zellen Gebete singen soll. Wir weigerten uns, dies zu tun. Alle werden in den Karzer geschleppt. In je einem sitzen 4 bis 5 Personen. Vor den Karzern sind Soldaten postiert. Einige Genossen sind erkrankt. Aus dem Lazarett wurde einer in den Karzer geschleppt. Er brach einige Bretter vom Fenster ab. Der älteste Aufseher wollte ihm Handfesseln anlegen und versetzte ihm, als er Widerstand leistete, einige Schläge und führte 7 Kosakensoldaten ein: die Exekution begann. Alle Gefangene sind gefesselt. Der Direktor drohte, alle durchpeitschen zu lassen."

* * *

Vom Balkan. Nach Meldungen aus Konstantinopel beabsichtigt der neue Kriegsminister, die französische, englische und japanische Regierung um Entsendung von Instruktionen für die Artillerie und das Geniekorps zu ersuchen. — Der Thronfolger Raschad Effendi, der gestern Nachmittag die erste Ausfahrt unternahm, soll am Montag nach Stambul fahren.

Ein Wali in Kleinasien erklärte, daß die Armenier ein eigenes Reich gründen wollen. Darauf folgten Unruhen, bei denen eine Anzahl Armenier getötet wurden. Die Affäre passierte vor etwa fünf Tagen, doch wurden die Details streng geheim gehalten.

Fuad Pascha wurde vom Kriegsministerium sein früherer Marschallsrang wieder angeboten. Er dürfte jedoch die Annahme von verschiedenen Bedingungen abhängig machen; zum Beispiel davon, daß das ungesetzliche Kriegsgerichtsverfahren, das ihn seiner Zeit degradierte zunächst wieder ordnungsgemäß aufgehoben würde.

* * *

Richterkorruption in der Bukowina. Nach Meldungen aus Czernowitz verlautet aus Suczawa, nach Schluß der Gerichtsferien würden auf Grund der vom Hofrat Czerwinski geführten Disziplinaruntersuchung gegen mehrere hohe richterliche Beamte des dortigen Kriegsgerichts sämtliche Senate und Abteilungen neu besetzt werden. Es stellte sich heraus, daß bei einer Anklage gegen Bauern wegen Mordes ungerecht vorgegangen ist. Die leitenden Stellen im Justizdienst der Bukowina sollen überhaupt mit aus anderen Kronländern kommenden Beamten besetzt werden. Zwei Landgerichtsräte haben bereits ihre Pensionsgesuche eingereicht.

* * *

Kämpfe zwischen Weißen und Negern in Nordamerika. Aus Springfield in Illinois wird unterm 15. August gemeldet: Der Angriff eines Negers auf eine weiße Frau veranlaßte einen Kampf zwischen Weißen und Negern, der die ganze Nacht anhielt. Nachdem die weiße Menschenmenge zahlreiche Häuser im Negerviertel in Brand gesteckt und verschiedene Geschäfte erbrochen hatte, ergriff sie den Neger, schoß zahlreiche Kugeln auf ihn ab und knüpfte die Leiche an einem Baum auf. Die Menge tanzte unter ungeheurem Jubelgeschrei um die Leiche herum. Während der wüsten Szenen wurden zwei Weiße getötet und 75 Personen verletzt. Der Hilfsschatzmeister des Bezirks wurde von einer Negermenge angegriffen und tödlich verletzt. Da die Miliz der Lage nicht Herr wurde, wurden Truppen aus Chicago herbeibeordert. Sie feuerten über die Köpfe der Menge hinweg und vertrieben sie endlich. Zahlreiche Männer, Frauen und Kinder verlassen die Stadt. Die größeren Geschäfte wurden geschlossen.

Wie die Zeitungen aus Springfield melden, haben sich die Unruhen am folgenden Tage erneuert. Dabei wurden sechs Weiße getötet und ein Neger gelyncht. An verschiedenen Stellen brach Feuer aus. Der Pöbel beherrscht die Stadt. Militär fuhr Maschinengewehre auf. Der Gouverneur beorderte alle Miligen des Staates nach Springfield.

Partei-Angelegenheiten.

Deutschland und die englische Sozialdemokratie. In der „Wiener Arbeiter-Zeitung" protestiert der Londoner Korrespondent derselben gegen zwei Auslassungen der Genossen Hyndmans und Blatchfords. Ersterer hatte in einem Artikel geschrieben, es sei zweifellos, daß Deutschland einen entscheidenden Flottenkampf in der Nordsee vorbereite und an eine Besetzung Englands denke. Es sei feig von England und müsse gebrandmarkt werden, daß es diese Rüstungen gegen sich ruhig fortsetzen lasse. — Blatchford ging noch weiter. Er protestierte gegen die vom Ausschuß der englischen Arbeiterpartei gefaßte Resolution, welche sich gegen die Kriegshetzer in England und Deutschland richtet. Blatchford meint, in England gebe es keine Kriegshetzer, nur in Deutschland. — Der Korrespondent der „Wiener Arbeiter-Zeitung" bemerkt dazu:

Hyndmans und Blatchfords Worte werden einen schlimmen Eindruck hervorrufen sowohl in England wie auf dem Kontinent. Sie werden schon jetzt mit Behagen von der Jingopresse zitiert und auch in Deutschland entsprechend ausgenützt werden. Es muß bemerkt werden, daß sowohl Hyndman wie Blatchford, die jeder in seiner Art dem Sozialismus in England große Dienste geleistet haben, außerhalb der Arbeiterpartei stehen, welche die anerkannte Vertretung der politisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft ist. Blatchford ist ein Stimmungsmensch, bei dem Entgleisungen nicht selten sind. Während des Burenkrieges war er für die Sache Englands so begeistert, daß er, wie er selbst im „Clarion" erzählte, sich von seiner Tochter am Klavier „God save the Queen" (Gott segne die Königin) vorspielen ließ. Auch Hyndmans Ansichten sind nicht überraschend. Während der schlimmen Tage, wo die Spannung zwischen Deutschland und Frankreich wegen Marokkos am höchsten war, hat Hyndman wohl das Bösartigste über Deutschland geschrieben, was damals überhaupt in England zu lesen war, und hat auch über Jaures die Schale seines Zornes aus diesem Anlaß ausgegossen. Aber seine Ausführungen blieben damals ziemlich unbeachtet. Diesmal kann man nicht mehr so nachsichtig sein, weil anscheinend eine systematische Bearbeitung der englischen Arbeiterschaft im antideutschen Sinne versucht werden soll.

Es ist zu begrüßen, daß ein englischer Parteigenosse selbst gegen die Entgleisungen Stellung genommen hat.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 17. August.

Seht die Wählerlisten ein!

Wochentags Vormittags von 10—1 Uhr
Nachmittags von 4—7 Uhr
Sonntags Vormittags von 10—1 Uhr
im Turnsaale der Feuerwehr, Zwingerstraße 14, ptr.

Die Stadtverordnetenwählerlisten für 1908 weisen in allen drei Klassen nach **76.281** Wähler (gegen 65.900 im Jahre 1907) mit einer Gesamtsteuer einschließlich der fingierten Staatseinkommensteuer veranlagt und zahlen 13.889.512,30 Mark. Der im Vorjahre). Von diesen Wählern sind 60.561 mit Staatseinkommensteuer veranlagt und zahlen 13.839.512, Mark. Der Durchschnitt der gezahlten Staatseinkommensteuer beträgt mithin

$$\frac{13.839.512,30}{60.561} = 228,52 \text{ Mk.}$$

Alle Wähler, welche mehr als diesen Durchschnitt an Staatseinkommensteuer zahlen, gehören der ersten und zweiten Wählerabteilung, alle anderen der dritten Abteilung an. Da die Steuersumme der überdurchschnittlichen Wähler 11.397.500,81 Mark beträgt, so entfallen auf die erste und zweite Abteilung je 5.698.750,41 Mark.

Hiernach ergibt sich folgende Gruppierung: In der ersten Abteilung beträgt der niedrigste Steuersatz 2278,80 Mark (im Vorjahre 2260,80 Mark), in der zweiten Abteilung 228,56 Mark (231,20 Mark) und in der dritten Abteilung 8 Mark (8 Mark). Der höchste Steuersatz eines Wählers beträgt in der ersten Abteilung 215.773,76 Mark (195.697,60 Mark), in der zweiten Abteilung 2278,34 Mark (2260,80 Mark), in der dritten Abteilung 228,40 Mark (230,84 Mark).

Die Steuersumme beträgt in der ersten Abteilung 5700.609,21 Mark (5.288.097,80 Mark) bei **925** (868) Wählern; in der zweiten Abteilung 5.696.891,60 Mark (5.286.329,45 Mark) bei **3280** (7835) Wählern; in der dritten Abteilung 2.639.754,62 Mark (2.469.321,51 Mark) bei **67.076** (57.202) Wählern.

* **Großes Reinemachen.** Wie uns aus Weißstein geschrieben wird, hat der dortige Kriegerverein nicht weniger als **60** Mitglieder ausgeschlossen. Zwei Tage lang ist der Vereinsbote herumgelaufen, bis er die Bürde der 60 Ausschließungsverfügungen an ihre rechten Adressen besorgt hatte. Die Ursache für das große „Reinemachen" bei den Weißsteiner Patrioten geht aus den versandten Briefen deutlich genug hervor. Ihr Inhalt lautet kurz und bündig:

Veteranen- und Kriegerverein
Weißstein.

Weißstein, den 8. August 1908.

An Herrn . . . . .

Sie haben sich am 3. Juni d. J. gelegentlich der Wahlen zum Landtage öffentlich als Anhänger der Sozialdemokratie bekannt, indem Sie den von seiten derselben aufgestellten Wahlmännern Ihre Stimme gaben.

Nach § 3 der Satzung, Absatz e und f, werden Sie deshalb **aus dem Verein ausgeschlossen, wenn es Ihnen nicht möglich ist, den Gegenbeweis zu führen.**

Der Vorstand
des Veteranen- und Kriegervereins Weißstein.
J. A.:
Böhm, Vorsitzender. Fischer, Schriftführer.

Herr Böhm ist Steiger und Herr Fischer ist Bergverwalter auf der konsolidierten Fuchsgrube. Die sechzig ausgeschlossenen Kriegervereinsmitglieder aber sind zum großen Teile Arbeiter desselben Werkes. „Gegenbeweis" zu führen fällt ihnen aber gar nicht ein; lieber warten sie die erstbeste Gelegenheit ab, um den Wahrheitsbeweis für ihre sozialdemokratische Gesinnung wiederum recht einwandfrei zu erbringen. Bei den nächsten Gemeindewahlen bereits wird die Weißsteiner Arbeiterschaft dartun, daß sie auch etwas zu sagen hat, vielleicht noch etwas mehr, als sich die Leute von der anderen Seite jetzt noch träumen lassen. Für jene Herren, die jahrzehntelang die Arbeiter erst auf der Grube und dann auch noch in der Gemeinde und den lokalen Vereinen kommandieren konnten, für die muß es gewiß recht bitter sein, die Zügel allmählich aus der Hand zu verlieren. Es bleibt ihnen aber nichts anderes übrig, als sich an die Selbständigkeitskundgebungen „ihrer Leute" sachte zu gewöhnen. Der einzige Ort, wo das noch nicht nötig war, blieb nur noch der Kriegerverein; nun ist auch dieser zu einer Brutstätte der Unbotmäßigkeit geworden, wie vorstehendes Beispiel zeigt. Hoffentlich benützen unsere Genossen die Zeit bis zur nächsten öffentlichen Wahl derartig, daß die Herren Böhm und Fischer wiederum 60 Rote „ausbracken" müssen. Uns kann es nur angenehm sein, wenn die Krieger-Vorstände das Sprichwort: „Wer sich nicht fügt — der fliegt", recht häufig und gründlich zur Anwendung bringen.

* **Von einem „Reichstreuen", der zur Erkenntnis kam,** erhalten wir folgenden aus Neu-Salzbrunn an uns gerichteten Brief:

Sehr geehrte Redaktion!

Ich habe erfahren, daß es die „Volkswacht" wieder einmal gewesen ist, die das Protokoll der Bündlersitzung zuerst veröffentlicht hat. Was haben Sie nicht für Glück, und wie offen und ehrlich sind Sie in ihrem Vorgehen, trotz aller vielen Verleumdungen von anderer Seite denn wäre der Finder des Protokolls zum „Feierabend" gegangen, so kam der Schlag der Milchverteuerung unverhofft, und deshalb müßten sich viele viele dankbar gegen Sie zeigen. Ich habe nun noch die Gelegenheit gehabt, einer vom Gewerkschaftskartell einberufenen Protest-Versammlung beizuwohnen. Dabei muß ich frei gestehen, ich bin bisher kein Schwärmer für Sozialdemokratie gewesen. Aus welchem Grunde mag für heute dahingestellt bleiben, aber schon die gestrige Versammlung hat mich eines besseren belehrt, sie hat mir gezeigt, wer es offen und ehrlich zum Arbeiter meint. Davon habe ich mich fest überzeugt! Denn, hat je ein bürgerliches Blatt hier in unserem Kreise etwa Stellung gegen diese Unverfrorenheit der Bündler genommen? Auch nicht ein einziges! Die „Weißsteiner Nachrichten" bringen es sogar fertig, die Versammlung vom Sonntag in der „Krone" in ihrer Dienstagnummer etwas zu verhänseln! Na ich bedaure den Redakteur und seine Leser aus dem arbeitenden Volke!

In der Versammlung wurde unter anderem auch der „Feierabend" etwas mitgenommen, der gute „Feierabend" der doch nur das Wohl der Arbeiter fördern hilft —! Ich hätte geglaubt, Sie würden demselben dankbar sein, denn es gibt doch so viele, welche sagen er agitiert für die Sozialdemokratie! Ich glaubte das immer nicht, denn es war doch immer schön im „Reichstreuen", wenn ein Artikel aus demselben vorgelesen wurde, ach, das war eine herrliche Zeit!

Freilich, das Schweigen, dessen er sich jetzt erfreut, macht auch mich stutzig, denn ich dachte er würde jetzt seine „Treuen" wieder zusammen trommeln, wie bei der Fleischpreis-Erhöhung im vorigen Jahre; aber er tut es nicht, denn er alarmierte wieder umsonst! Die Klänge des Resultats Ihrer Protest-Versammlung hallen heute noch in unserm Ohr! Es werden daher auch noch viele Arbeiter und noch andere dem „Feierabend" den Rücken kehren, und den rechten Weg einschlagen, das würden die nächsten Wahlen zeigen. Anders als es heute bestellt ist, muß es werden, und es ist keine Ungerechtigkeit, wie von den Herrschenden behauptet wird, wenn sich der Unterjochte gegen sie organisiert. Das habe auch ich erfahren, daß vereinzelt nichts zu erreichen ist, (ich erinnere nur an die „Arbeiter-Ausschüsse) denn die Herren machen dann was sie wollen. Solange nicht jeder organisiert ist, ist es den Herren auch leicht, uns über die Ohren zu hauen!

Aber ich glaube, es werden auch andere zur Einsicht gekommen sein, und aus den Versammlungen einen „Lehrbrief" mit nach Hause genommen haben, wie ihn sonst keiner ausstellen kann! Vielleicht sendet die Sonne, die in diesem Sommer so wenig zum Vorschein kam, gar bald ihre Strahlen in die finsteren dunklen Köpfe, und leitet sie auf den Weg zur Vernunft!" In mein Haus kommt kein anderes Blatt mehr als die „Volkswacht".

Der Brief beweist uns aufs Neue, was wir auch ohne ihn wußten, daß es im reichstreuen Lager mächtig zu bröckeln begonnen hat. Auf die Dauer können eben reichstreue Phrasen über das herrschende Elend in den Arbeiterkreisen nicht hinwegtäuschen.

* **Die letzten Sammellisten von der Landtagswahl** werden nur noch bis Sonnabend Abend im Parteisekretariat entgegengenommen, da hierauf die Schlußabrechnung erfolgen muß.

* **Achtung, Stuckateure!** Dienstag, den 18. August, Abends 8 Uhr, findet im Zimmer 1 des Gewerkschaftshauses eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt, deren äußerst wichtiger Tagesordnung wegen es Pflicht eines jeden Kollegen ist, zu erscheinen.

† **Noch nicht rekognosziert.** Die weibliche Leiche, welche am 14. d. M. mit durchschnittenen Pulsadern aus dem Schwarzwasser gelandet wurde, ist noch immer nicht rekognosziert. Bei der erfolgten Sektion der Leiche wurde festgestellt, daß sich am linken Hüftgelenk der Person Narben vorfinden, die von einer an ihr vorgenommenen Operation herrühren, und daß das linke Bein etwas länger ist als das rechte.

† **Teppichdiebstahl.** Gestohlen wurden aus einem Grundstück auf der Matthiasstraße ein rot und blau geblumter Teppich im Werte von 50 Mk.

† **Fahrraddiebstähle.** Gestohlen wurden folgende Fahrräder Marke „Orkan" Nr. 10765; Marke „Stahlrad" Nr. 19388; Marke „Orkan" Nr. 85818; Marke „Kaiserburg" Nr. 354333. Angaben über den Verbleib der Räder oder Täter werden bei der Polizei erbeten. — Festgenommen wurde wegen Fahrraddiebstahls der Schiffer Wilhelm Hoffmann. Um sich vor dem Verdacht der Hehlerei zu schützen, werden die Personen, welche Räder von Hoffmann gekauft haben, ersucht, sich bei der Polizei zu melden.

Neueste Nachrichten.

Der Hauptmann von Köpenick begnadigt.

Berlin, 17. August. Der „Hauptmann von Köpenick", Schuhmacher Wilhelm Voigt, ist begnadigt und gestern aus dem Strafgefängnis Tegel entlassen worden. Er hat von den gegen ihn erkannten vier Jahren Gefängnis rund zwanzig Monate abgebüßt. Wie die Blätter noch weiter berichten, konnte man ihm seinen Verdienst nicht auszahlen, da die Kasse geschlossen war. Man schoß ihm aber das Straßenbahngeld vor, damit er zu seiner in Rixdorf wohnenden Schwester fahren konnte, die er aber nicht antraf, weil seine Entlassung vollständig unangemeldet erfolgt war. Dafür traf er seine Braut an. Dem „Tag" zufolge hat eine Frau Wertheim dem Voigt bereits vor längerer Zeit ein Legat ausgesetzt, nach welchem ihm bereits während der Gefängnishaft monatlich 50 Mk. und nach der Entlassung bis an sein Lebensende monatlich 100 Mk. ausgezahlt werden sollen.

Bei dieser erfreulichen Meldung ist zu beachten, unter welch sonderbaren Umständen die Freilassung dieses berühmt gewordenen Mannes erfolgte. Völlig mittellos und ohne daß seine Angehörigen unterrichtet waren. Wie, wenn der Mann nun niemanden getroffen und aus Hunger wieder hätte betteln müssen? Der preußisch Bureaukratismus und Fiskalismus treibt nicht nur lächerliche, sondern auch gefährliche Blüten.

Straßenraub.

Karlsruhe, 17. August. (H. T.-B.) Aus Glaswaldsee bei Rippoldsau wird gemeldet: Zwei Touristen, der Rechtsanwalt Falift aus Mannheim und der praktische Arzt Dr. Jackinger aus Köln wurden von Handwerksburschen überfallen. Der Arzt wurde hierbei erschossen, der Rechtsanwalt schwer verletzt. Die Täter sind entkommen.

Ein schweres Bootsunglück.

Paris, 17. August. (H. T.-B.) An der Straße von Calais hat sich eine entsetzliche Katastrophe ereignet. Durch Brandungswellen schlug ein Boot um, das von 6 Personen besetzt war. Fünf Leichen, drei Frauen und zwei Kinder, wurden bereits an den Strand gespült. Die sechste Leiche, die eines 16jährigen Mädchens, wurde noch nicht geborgen.

Rassenkämpfe.

New York, 17. August. (H. T.-B.) Der Aufruhr in Springfield ist neuerdings ausgebrochen. Ein 80jähriger Neger wurde vom Mob gehängt. Die Menge versuchte das Zuchthaus zu stürmen, in dem die Schwarzen von Truppen bewacht wurden. Alle Neger sind geflohen. Ueber Springfield ist der Belagerungszustand verhängt worden. Die Stadt wird von 8000 Soldaten bewacht. (Siehe Ausland.)

Budapest, 17. August. (H. T.-B.) Der „Pester Lloyd" läßt sich über New York melden: Die haitische Regierung hat eine neue Verschwörung entdeckt. Viele Europäer wurden verhaftet.

Konstantinopel, 17. August. (H. T.-B.) Der erste Oberbefehlshaber der Artillerie, Zeki Pascha, ist gestern wieder auf freien Fuß gesetzt worden, nachdem er seit Wochen in einem Zimmer des Kriegsministeriums gefangen gehalten wurde.

Rom, 17. August. (H. T.-B.) Ein Cyklon hat in ganz Norditalien enorme Verheerungen angerichtet. Die Weinernte ist zum größten Teil vernichtet.

Paris, 17. August. (H. T.-B.) Gestern Vormittag wurde die 54 Jahre alte Frau Duchmin in ihrer Wohnung durch Messerstiche ermordet tot aufgefunden. Wie festgestellt wurde, ist der eigene Sohn der Mörder. Er hat sich schließlich durch größere Geldausgaben verdächtig gemacht und wurde daraufhin verhaftet. Er gestand, die Tat begangen zu haben.

Paris, 17. August. (H. T.-B.) Der Abgeordnete Admiral Bienaime hat den Kriegsminister informiert, daß er demnächst eine Interpellation über die Beschaffenheit der Munition an Bord der Schlachtschiffe einbringen werde. Das Vorgehen steht im Zusammenhang mit der Katastrophe an Bord des Schlachtschiffes „La Couronne".

Paris, 17. August. (H. T.-B.) Der „Matin" meldet aus Fez: Große Truppenverstärkungen sind nach Buanam abgegangen, wo sich die kaiserliche Residenz befindet.

Breslauer Marktbericht.

Festsetzungen
der städtischen Markt-Notierungs-Kommission.

Breslau, 15. August 1908. Pro 100 Kilogramm

	gute höchste	gute niedr.	mittlere höchste	mittlere niedr.	gering. höchste	gering. niedr.
Weizen, weißer, alt	22,10	21,50	21,40	20,50	20,40	19,—
Weizen weißer, neu	21,50	20,80	20,70	19,80	19,70	18,80
Weizen, gelber, alt	22,—	21,40	21,30	20,40	20,30	18,60
Weizen, gelber, neu	21,40	20,70	20,60	19,70	19,60	18,20
Roggen	17,60	17,—	16,90	16,50	16,40	15,50
Gerste	15,—	14,80	14,70	14,40	14,30	14,—
Hafer	15,60	15,10	15,—	14,50	14,40	13,60
Viktoria-Erbsen	24,—	23,—	22,—	21,—	20,—	19,—
Erbsen	20,50	20,—	18,80	17,80	17,—	16,50
Winterraps	26,50	—,—	24,50	—,—	20,30	—,—

Heu, pro 50 Kilogr. 3,— bis 3,30 Mk.
Stroh pro Schock 37,— bis 39,— Mk.

Versammlungen und Vereine.

Gewerkschaftshaus.

Mittwoch, den 19. August:

Arbeiter-Radfahrer-Verein „Breslau". Jeden Mittwoch: Vereinsabend.

Zentralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfinnen Deutschlands. Abends präzise 9 Uhr: Mitglieder-Versammlung im Zimmer 3/4.

Sonntag, den 23. August:

Buchdrucker-Gehilfen-Verein. Vormittags 10½ Uhr: Mitglieder-Versammlung im großen Saal.

Sozialdemokratischer Verein Breslau.

Achtung Bezirksführer!

Diejenigen Mitglieder, welche im Zahlabend ihren Beitrag nicht entrichtet haben, müssen mindestens monatlich ein Mal in der Wohnung kassiert werden. Am besten eignet sich hierzu der Sonntag nach dem Zahlabend. Die Bezirksführer werden ersucht, im Kassieren recht pünktlich zu sein, damit durch ihre Schuld kein Mitglied mit seinen Beiträgen in Rückstand kommt.

Distrikt 3a (Gräbschener Vorstadt).

Donnerstag, den 20. August, Abends 8 Uhr im Lokale Luisenstraße 13 Zusammenkunft aller Mitglieder wegen Regelung wichtiger Angelegenheiten. Die Genossen und Genossinnen werden ersucht, recht zahlreich zu erscheinen.

Sozialdemokratischer Verein Breslau (Land). Neumarkt.

Distrikt Neumarkt.

Montag, den 17. August, Abends 7½ Uhr: Zusammenkunft im Weißen Adler. Vollzähliges Erscheinen erwünscht.

Brieg. Wahlverein. Mittwoch, den 19. August, Abends 8 Uhr: Material-Ausgabe zur Flugblatt-Verteilung im Vereinslokal von Hoffmann, Fischerstraße. Eine zahlreiche Beteiligung der Genossen ist dringend notwendig.

Schweidnitz. Das **Rechtsschutzbureau** befindet sich Hohstraße 15 III, und ist geöffnet Dienstag und Freitag von 11—1 Uhr Mittags und 6—8 Uhr Abends. Sonntags von 9 Uhr Vormittags bis 1 Uhr Mittags. — Die Bibliothek ist zu gleicher Zeit geöffnet.

Fellhammer. Oeffentliche politische Versammlung. Sonnabend, den 22. August, Abends 7 Uhr, im Gasthofe „Zur Erholung" bei Thieme. Tagesordnung: „Wie bekämpfen wir am besten die reaktionäre, volksfeindliche Politik?" Diskussion. Referent: Genosse Hermann Sachse. Zahlreiches Erscheinen, auch seitens der Gegner, erwartet Der Einberufer.

Hirschberg. Gewerkschafts-Kartell. Dienstag, den 18. August, Abends 8 Uhr: Außerordentliche Sitzung in der Andreasschenke. Es ist Pflicht eines jeden Delegierten, sowie der Vorsitzenden der einzelnen Gewerkschaften, zu dieser Sitzung zu erscheinen.

Neustadt. Das **Rechtsschutzbureau** befindet sich Bramsenerstraße 9, 1 Treppe. Sprechstunden täglich von 9 Uhr Vormittags bis 1 Uhr Mittags und 4 Uhr Nachmittags bis 8 Uhr Abends, mit Ausnahme Mittwochs und Freitags Nachmittags. Sonntags von 11 Uhr Vormittags bis 2 Uhr Nachmittags.

Beuthen OS. Sozialdemokratischer Verein. Mittwoch, den 19. August, Abends 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung im Gewerkschaftslokal. Zutritt nur für Mitglieder und Personen, die vor Beginn der Versammlung als Mitglieder beitreten. Die Bibliothek ist von 7 Uhr ab geöffnet.

Beuthen OS. Arbeiter-Sekretariat. Sprechstunden jeden Dienstag Nachmittags von 3 bis 7 Uhr.

Kattowitz. Das **Arbeiter-Sekretariat** ist geöffnet Vormittags von 9 bis 1 Uhr und Abends von 5½ bis 7½ Uhr. Sonntag Nachmittags, sowie Dienstag und Freitag den ganzen Tag ist das Sekretariat geschlossen.

Verantwortlicher Redakteur: Gustav Wolff. — Redaktion und Expedition: Neue Graupenstraße 5/6. — Verlag von Oskar Schütz. — Druck von Th. Schatzky G. m. b. H. — sämtlich in Breslau. Hierzu 1 Beilage.

Gestern Abend 11½ Uhr verschied nach langen schweren Leiden mein inniggeliebter Bruder, Schwager, Onkel und Neffe, der Tischler

Heinrich Hoffmann

im blühenden Alter von 20½ Jahren.

Dies zeigen schmerzerfüllt an
Breslau, den 16. August 1908 3979
Berliner Chaussee 71

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen
Richard Kaschel
und Frau Hedwig Kaschel, geb. Hoffmann.

Beerdigung: Mittwoch, nachm. 1½ Uhr, vom Allerheiligen-Hospital nach dem St. Nikolaifriedhof Cosel.

ff. Batavia-Arrak, „ Jamaica-Rum, „ französische und deutsche Kognaks, „ Punsche u. Tafelliköre
empfiehlt 3472
Edwin Delahon
Breslau, Neumarkt 6.
Flaschenverkauf im Comptoir, Hof, part.

Die gelbe Gefahr!

Deutsche Hausfrauen hütet Euren kostbaren Schatz, die Wäsche! Soda macht sie gelb und grössere Mengen davon sind schädlich. — In manchen Waschmitteln ist bis zu 90% Soda enthalten. — Darum prüfet! Chlor zerfetzt die Wäsche in kurzer Zeit. Das patentamtlich geschützte, von wissenschaftlichen Autoritäten anerkannte **„Ding an sich"** ist frei von Chlor und Soda, wäscht, bleicht, desinfiziert und spart an Geld, Zeit und Arbeit. **„Ding an sich"** erobert sich schriftweise, trotz aller Anfeindungen jeden Tag neue Freunde. 3583
Zu haben in den bekannten Geschäften.

Schauspielhaus
Dir. Erich Ziegel.
Montag, 8 Uhr: Gelbstern.
Dienstag, 8 Uhr: Ich lasse Dich nicht.

Breslauer Sommer-Theater.
(Liebich's Etablissement.)
Montag, abends 8 Uhr:
Zum 5. Male:
Prinzen-Erziehung.
Im Garten: Sobanski.

Victoria-Theater
Kurzes Gastspiel von Speyer's Budapester gemischten Theater.
2 Allabendlich Schlager. 2
Anfang 8 Uhr.
Bons Wochentags gültig.

Zeltgarten.
Dir. H. Krainsik.
Gadbins Nachfolger
Mstr. Belik
mit dem
Todessprung
aus der 6. Etage.
Größte Attraktion der Gegenwart und 10 Attraktionen.

„SCALA"
Nikolaistrasse 27.
Einziges Sommer-Varieté mit überdachtem Zuschauerraum
Täglich abends 8½ Uhr:
Das **Tagebuch** einer **Verlorenen.** 3789
Lebensbild in 4 Akten mit einem Vorspiel nach Margarete Böhme's bekanntem Roman v. Woliv. Metzsch-Schilbach.

Palmengarten.
Dir. H. Krainsik.
Musikgesellschaft **Reinert.**
13 Personen.
Entree frei.

Feuerversicherung
sowie Lebensversicherung auch für Kinder, vermittelt 1744
Ernst Zahn,
Ritterplatz 5, III.

Junger Schlosser oder Dreher s. j. m. Gottschall, Werderstr. 3b.

Eine gut erhaltene Ringschiffchen-Nähmaschine billig zu verkaufen bei Müller, Garbestr. 15, 4. Etg. 3978

Schwarzblonen für Maler prämiiert, vorrätig bei Schröder, Ohlauerstr. 27

Echter Breslauer Korn
Preislisten gratis.
Paul Glatzel, Breslau,
Rosenthalerstrasse 18/20 und Friedrich Wilhelmstr. 85. 3686

Brennerei-Ausschank
Kupferhammer
Mühlgasse 9.
Gegen dieses Inserat erhalten Gäste eine Probeflasche Romulus-Korn gratis.
Gute Küche. 3976

8 Pf. Reformbier 8 Pf.

Für 1463
Zigarrenmacher!!
Alle Rohtabake zur Zigarrenfabrikation empfehlen in grösster Auswahl und zu billigsten Preisen
Carl Rother & Rode
Breslau I, Hummerei 28.

Stamm-Seidel,
Vereins-Seidel, Geburtstags-Seidel, Hochzeits-Seidel, Jubiläums-Seidel,
in großer Auswahl empfiehlt 3557
Otto Miksch,
Kupferschmiedestraße 47.

Amerik. Brillant-Glanz-Stärke
mit Schutzmarke
Globus
giebt die schönste Plättwäsche.

Soeben erschienen:
Proletarierkrankheit u. kranke Proletarier
Ein Beitrag zur Hebung der Volksgesundheit von D. Thomas.
Preis 20 Pf.
Buchhandlung Volkswacht.

Gegen Volksverdummung : Volksknebelung : u. Volksausbeutung
Preis 20 Pf. Preis 20 Pf.
Buchhandlung Volkswacht.

Wir empfehlen:
Ernst Haeckel
Ein Lebensbild von Wilhelm Bölsche.
Preis 1.— Mk.
Buchhandlung „Volkswacht".

Lesen Sie
In Freien Stunden
Die beste illustrierte Roman-Bibliothek für Arbeiterfamilien
Wöchentlich ein Heft für 10 Pfennig
Bestellungen nimmt jeder Kolporteur und Zeitungs-Austräger jederzeit entgegen!

5 Pfg.-Sumatra-Zigarren
prachtvolle Qualitäten, vorzüglich in Brand u. Geschmack
100 Stück 2,50 Mk., 3 Mk. bis 5 Mk.
empfiehlt gegen Nachnahme 2668
Zigarren-Fabrik E. Lampke.
Fabrik, Versand und Hauptgeschäft:
Breslau, Rossplatz 11, am Oderthorbahnhof.
Filialen: Matthiasstraße 16, Ecke Schrotgasse, Hummerei 35, Friedrich-Wilhelmstraße 15, Klosterstraße 77.

Wir empfehlen besonders für Vereins- und Verbandsbibliotheken:
Clara Müller-Jahnke
„Ich bekenne"
Die Geschichte einer Frau. 3. Auflage.
Preis brosch. 3 Mk., gebd. 4 Mk.
„Wach auf!"
I. Band Gedichte. Preis brosch. 2 Mk., gebd. 3 Mk.
„Wintersaat."
Letzte Gedichte.
Preis brosch. 2 Mk., gebd. 3 Mk.
Buchhandlung „Volkswacht".

Arbeit und Erziehung
Eine pädagogische Studie
von Otto Rühle.
Preis 50 Pfg.

Wandlungen in der Theorie und Taktik der Sozialdemokratie
von Paul Kampffmeyer.
Preis 75 Pfg.

Kinder-Elend
Proletarische Gegenwartsbilder
von Otto Rühle.
Preis 75 Pfg.

Zu haben in der Expedition der „Volkswacht".

Beilage zu Nr. 192 der „Volkswacht“.

Dienstag, den 18. August 1908.

Pastor und Kantor.

Braunschweig, 14. August.

Vor der zweiten Ferienstrafkammer des Landgerichts Braunschweig begann heute die Verhandlung gegen den Pastor Albin Lang aus Heckenbeckw egen Verleitung zum Meineid, Beleidigung, Beamtenbestechung und versuchter Nötigung. Der Anklage liegen Streitigkeiten zwischen dem Pastor Lang als Ortsschulinspektor und dem Kantor Wunstorf als Lehrer in der Gemeinde Dankesheim zugrunde, die schließlich zu einer Reihe von Beleidigungsklagen und zu einer Flut von anonymen Briefen geführt haben, deren Absender die Anklage in Pastor Lang vermutet.

Zu der Verhandlung sind nahezu vierzig Zeugen geladen, als Schreibsachverständige Dr. Nering und Archivar Dr. Mack aus Braunschweig und Langenbruch-Berlin; außerdem ist ein medizinischer Sachverständiger anwesend. Der Angeklagte Lang befindet sich seit Juli d. J. in der Untersuchungshaft, vorher befand er sich sechs Wochen in der Heilanstalt Königslutter zur Beobachtung seines Geisteszustandes. Lang ist ein Mann von 50 Jahren mit gänzlich weißem Haar. Die Verhandlung beginnt mit der Verlesung der anonymen Briefe, die der Anklage zugrunde liegen. In der Gemeinde Dankesheim hatten sich zwischen Pastor Lang und Kantor Wunstorf und anderen Gemeindemitgliedern häßliche Streitigkeiten herausgebildet, in deren Verlauf von beiden Seiten Anzeigen an das Konsistorium und die Staatsbehörden gerichtet wurden.

Kantor und Pastor

warfen sich gegenseitig vor, mit verschiedenen Frauen der Gemeinde in ehebrecherlichem Verkehr zu stehen. Besonders Kantor Wunstorf erstattete nach dieser Richtung gegen Pastor Lang eine Reihe detaillierter Anzeigen, auf Grund deren Lang wegen Beleidigung klagte. Wunstorf wurde zu 50 Mark Geldstrafe verurteilt. Auch ein anderes Gemeindemitglied, der Kossät Jörn, wurde zu einer Geldstrafe verurteilt, weil er diese Beleidigungen weiter verbreitet hatte. In der Verhandlung gegen Jörn hatte ein Zeuge bekundet, daß Jörn zu seinen beleidigenden Aeußerungen von Wunstorf angestiftet worden sei. Darauf wurde erneut gegen Wunstorf eingeschritten, und er in erster Instanz zu 200 Mark Geldstrafe verurteilt. Während die Sache in der zweiten Instanz schwebte, erhielten alle an dem Verfahren beteiligten Personen anonyme Briefe. Vor dem Verlesen dieser Briefe beantragt Staatsanwalt Reinking den Ausschluß der Oeffentlichkeit wegen Gefährdung der Sittlichkeit, da haarsträubende unsittliche Dinge in den Briefen enthalten seien. Des Angeklagten Verteidiger widersprechen dem Antrage. Sie wünschen, daß alles in voller Oeffentlichkeit verhandelt werde. — Der Gerichtshof beschließt, zunächst die Oeffentlichkeit noch nicht auszuschließen.

Die Briefe sind zunächst an zwei frühere Dienstmädchen des Pastors Lang, Ida Bergmann und Hermine Bertram, gerichtet. Weitere

anonyme Briefe

sind an den Gendarmen des Bezirkes, Settforst, gerichtet. Darin werden dem Gendarm 500 Mark für den Fall versprochen, daß er den Pastor verhafte. Es seien auch schon genügend Zeugen gegen den Pastor gewonnen.

Im Untersuchungsgefängnis hat Lang einen Selbstmordversuch gemacht, indem er sich die Pulsader durchschnitt, doch konnte er noch rechtzeitig gerettet werden. In seiner Zelle wurde folgender „letzter Wille“ aufgefunden: „Soeben hat mir der Untersuchungsrichter mitgeteilt, daß die Untersuchung zu meinem Ungunsten verläuft. Ich erkläre vor Gott und meinem Gewissen, daß ich keinen Brief geschrieben habe. Ich bitte meine Lieben, das festzuhalten, wenn ich nicht mehr bin.“ — Auf seinem Grabstein wünsche er die Inschrift: „Hier ruht Pastor Alwin Lang. Gott der Allmächtige möge ihm den schweren Schritt verzeihen. Den Justizmord mögen die verantworten, die ihn begangen haben.“

Vorsitzender: Angeklagter, was hat Sie veranlaßt, den Selbstmordversuch zu begehen? Fühlten Sie sich schuldig?

Angeklagter: Als ich verhaftet wurde, sagte mir nach einer längeren Unterredung der Gefängnisarzt Dr. Roth, er bewundere meine Ruhe und mein fabelhaftes Gedächtnis, er halte mich logisch und psychologisch für vollkommen unschuldig. Dann aber setzte man in meine Zelle einen anderen Untersuchungsgefangenen hinein, den Bergwerksdirektor Krahe. Krahe, der mit dem Untersuchungsrichter sehr gut stand, teilte mir alle Tage mit, daß die Untersuchung immer ungünstiger für mich verlaufe. Krahe bekam

alle möglichen Erleichterungen im Gefängnis,

ich habe acht Tage lang Gefängniskost essen müssen und mußte immer mit den anderen Gefangenen im Kreise umhergehen. Ich bat einmal darum, eine Zigarre rauchen zu dürfen, die Gefängnisverwaltung schlug mir das aber ab, weil es garnicht gesundheitsdienlich sei. Währenddem saß Krahe mit brennender Zigarre mit mir im Untersuchungsgefängnis. Krahe sagte wiederholt zu mir, die Untersuchung hat Ihre volle Schuld ergeben, da bleibt Ihnen garnichts anderes übrig, als zu gestehen, daß Sie in einem Dämmerzustand gehandelt haben, oder sich das Leben zu nehmen. Dieses ewige Inmichdrängen habe ich schließlich nicht aushalten können. Am Sonnabend vor meinem Selbstmordversuch bat ich Dr. Roth um ein Schlafpulver, das er mir schon wiederholt gegeben hatte. Er versprach es mir auch, ging dann aber aus dem Gefängnis weg, ohne es mir zu geben. Man ließ mich auch fortwährend klingeln und um Hilfe rufen. Nach dem Selbstmordversuch war Dr. Roth bei mir und entschuldigte sich, er sei zu einem Kranken gerufen worden und habe das Pulver vergessen.

Der Angeklagte Lang wird während dieser Schilderungen sehr aufgeregt, die Tränen treten ihm in die Augen, und er schlägt wiederholt auf den Richtertisch, was der Vorsitzende rügt. Er schließt mit den Worten: Wer so wie ich vor Gott gestanden und sich in einem solchen Augenblick geprüft hat, der kann nicht mit einer Lüge aus der Welt haben scheiden wollen. Wenn ich heute wieder in mein Amt eingeführt werde, würde ich morgen

jeden Selbstmörder mit den größten Ehren beerdigen,

wenn er in derselben Lage gestanden hat, wie ich.

Vorsitzender: Seien Sie nur bitte recht ruhig, denn nur so können Sie Ihre Sache fördern.

Staatsanwalt: Erst jetzt begreife ich den fanatischen Haß des Angeklagten und seiner Familie gegen mich. Dabei habe ich alle seine Gesuche befürwortend an die Gefängnisverwaltung weitergegeben. Als der Angeklagte den Selbstmordversuch gemacht hatte, hatte er noch eine Reihe Aufzeichnungen hinterlassen über ein Komplott der Dankelsheimer, um ihn zu verderben. Er behauptete, daß zehntausend Mark gesammelt seien, um die Sache gegen ihn zu betreiben, und daß fünfzehn Einwohner von Dankelsheim sich verständigt hatten, was jeder vor dem Strafrichter beschwören wolle. — Angeklagter Lang gibt an, daß ihm das sein Zellengenosse Krahe erzählt habe. Heute glaube er aber selbst nicht daran, weil er inzwischen den Krahe als Hochstapler erkannt habe.

Dann verteidigte sich Pastor Lang noch einmal eingehend gegen die einzelnen Anklagepunkte.

Die anonymen Briefe, die die Zeugen zu falschen Aussagen hätten verleiten sollen, hätte er nur schreiben können, wenn er verrückt gewesen wäre. Das sei er aber nicht. Er hätte es überhaupt nicht nötig gehabt, wegen Beleidigung zu klagen, das Konsistorium habe ihn nicht dazu gedrängt. Weil aber Kantor Wunstorf ihm unsittlichen Verkehr und Verbrechen gegen das keimende Leben vorwarf, hielt er es für seine Pflicht, ihn zur Verantwortung zu ziehen. So unflätige Ausdrücke, wie in den Briefen vorkämen, habe er gar nicht einmal gekannt, geschweige denn gebraucht. „Ich hätte“, fuhr der Angeklagte fort, „Zeugen genug gegen Wunstorf, die aussagen könnten, daß er mich zu Unrecht beschuldigt hat, und an diese Zeugen soll ich geschrieben haben, sie sollten nichts aussagen, oder sie sollten mich ungeheuerlicher Verbrechen gegen die Sittlichkeit bezichtigen. Das ist ein unsinniger Widerspruch. Und warum soll ich das alles getan haben? Nur um den Kantor Wunstorf als Schreiber der Briefe erscheinen zu lassen und ihm eine Anklage wegen Verleitung zum Meineid an den Hals zu bringen. Wunstorf aber war damals schon ein toter Mann, vom Amte suspendiert und in ein förmliches Disziplinarverfahren verwickelt. Ich hatte keinerlei Feindschaft gegen ihn, schrieb ihm vielmehr, daß ich mich freuen würde, wenn er für unzurechnungsfähig erklärt und pensioniert würde. Heute weiß der Mann, wenn er vor Gericht tritt, nicht einmal mehr, wie er heißt oder wie alt er ist. Dabei hat ihn Professor Krämer schon längst als Simulanten entlarvt, und ein hiesiger Landgerichtsdirektor sagte ihm ins Gesicht, einen solchen Lügner wie ihn dürfe man gar nicht vereidigen. Dem Staatsanwalt lacht gewiß das Herz über solche Kronzeugen.“

Vorsitzender: Der Staatsanwalt hat natürlich als Beamter diese Sache wie jede andere mit größter Objektivität behandelt. Ich verweise Ihnen Ihre Ausdrucksweise als durchaus ungehörig.

Angeklagter: Ich kann die Briefe ja gar nicht geschrieben haben, oder sollte ich wirklich

in einem Dämmerzustand

gehandelt haben? Ich weiß ja gar nicht, was Dämmerzustände sind.

Vorsitzender: In einem der anonymen Briefe ist von zwei Terminen die Rede, die noch vor dem 1. April stattfinden sollen. — Angeklagter: Das ist ein Irrtum des anonymen Briefschreibers. Ich hatte davon gesprochen, daß ich gegen Wunstorf noch zwei weitere Beleidigungsklagen anstrengen würde, und mein Verteidiger hatte geantwortet: Wozu denn? Er geht ja am 1. April. Von zwei Terminen war gar nicht die Rede. Ueberhaupt tauchten die anonymen Briefe stets nur dann auf, wenn Wunstorf irgendwelche Leute angeschuldigt hatte, zum Beispiel nach dem angeblichen Kindesmord, bei dem angeblichen Notzuchtsversuch des jüngeren Bohnsack, des Sohnes des Gemeindevorstehers usw. — Vorsitzender: Sie selbst sind also an den anonymen Briefen ganz unschuldig? — Angeklagter: Vollständig. Ich habe mich aufs genaueste vor Gott geprüft. Ich war oft sehr deprimiert, besonders in der Heilanstalt Königslutter, wo ich immer durch besonders gesicherte Gänge wie ein Verbrecher geführt wurde. Da fiel mir in dem Wartezimmer des Sanitätsrates plötzlich der Spruch in die Augen:

„Nach oben schau,
Auf Gott vertrau,
Nach Wolken wird der Himmel blau!“

So hoffe ich, daß, wenn diese Verhandlung zu Ende ist, auch mein Himmel wieder blau und ich meinen Seelenfrieden wieder finden werde.

Vorsitzender: Sie haben manche belastende Spuren, die die Voruntersuchung ergab, dadurch zu erklären versucht, daß Sie sagten, Ihr Studierzimmer sei vom Garten aus leicht zugänglich, und Sie hätten gewöhnlich am offenen Fenster geschrieben. Da hätte man Ihnen vielleicht etwas untergeschoben, Schriftstücke weggenommen oder hingelegt. — Angeklagter: Ja, so muß es gewesen sein. — Vorsitzender: Einer der anonymen Briefe ist an Fräulein Alma Dopp gerichtet, die sehr wohlhabend ist. In dem Briefe wird in sehr verächtlichem Tone über ihren Bräutigam geschrieben. Hatten Sie vielleicht mit der Dame andere Absichten und wollten Sie sich mit Ihrer Familie verbinden? — Angeklagter: Nein, daran dachte ich nie. Als ich einmal darnach gefragt wurde, sagte ich, sie sei

viel zu dumm für eine Pastorenfrau.

Vorsitzender: Ueber ihren Bräutigam haben Sie sich sehr ungünstig geäußert? — Angeklagter: Nach seinem Benehmen, das ich genau kannte, hatte ich dazu alle Veranlassung. — Damit ist die Vernehmung des Angeklagten beendet.

Der erste Zeuge ist der Kotsasse (Kossäth) Jörn. Er bekundet, daß er zwei anonyme Briefe und einen Brief mit der Unterschrift des Pastors Lang erhalten habe. Alle drei Briefe drohten mit Enthüllungen aus seiner Militärzeit, die jetzt 37 Jahre zurückliege. Es heißt mit Bezug darauf in dem Briefe: Wenn sein Vorleben einmal veröffentlicht würde, dann seien alle seine Ehrenstellen hin. Er habe angenommen, daß alle drei Briefe von Pastor Lang ausgingen. Pastor Lang habe ihm auch sonst viel Kummer bereitet.

Es wird dann der Professor der Astronomie Knopf (Jena) vernommen. Knopf hat im Laufe der Voruntersuchung an die Staatsanwaltschaft einen Brief gerichtet, in dem er Zweifel an der Zurechnungsfähigkeit Langs ausdrückt. Er bekundet heute, er kenne Lang seit 40 Jahren vom Gymnasium her, habe ihn auch wiederholt während der Studienzeit gesprochen und auch nach dem Feldzug 1870/71, den Lang mitgemacht habe. Jetzt studierten seine beiden Söhne in Jena. Die ihm vorgeworfene Tat habe er ihm niemals zugetraut. Sollte er sie begangen haben, dann könne er unmöglich normal gewesen sein.

Dann wird eine Reihe Eingaben und Beschwerden verlesen, die Pastor Lang während seiner 25jährigen Amtszeit in Dankelsheim an das Konsistorium gerichtet hat. Es sind weitschweifige Schriftstücke mit vielem nebensächlichen Kleinkram.

Hierauf wird die Weiterverhandlung auf Sonnabend vertagt.

Partei-Angelegenheiten.

Gemeinden mit sozialistischer Mehrheit. In Modelwitz bei Schkeuditz hatten unsere Genossen bei der letzten Gemeinderatswahl die Mandate der 1., 2. und 3. Klasse erobert. Bei der darauf folgenden Wahl des Gemeindevorstehers wählten sie den Genossen Grosse als solchen und den Genossen Walther als Mitglied des Schulvorstandes. Vom Landrat ist aber die Wahl der

Breslauer Schauspielhaus.

„Flachsmann als Erzieher“.

Komödie von Otto Ernst.

Am Sonntag versuchte Hermann Vallentin, uns mit seinen schönen künstlerischen Mitteln im Auftrage des Dichters glaubhaft zu machen, daß es möglich wäre, im preußischen Schulleben einen leibhaftigen Regierungsrat wie einen Revolutionär handeln zu lassen. Unsere Leser kennen fast durchweg (aus Volksvorstellungen und denen des Lobetheaters) das Stück des ehemaligen Hamburger Lehrers Otto Ernst (Schmidt). Sie wissen deshalb, daß auch der feinste Künstler nicht imstande ist, uns weißzumachen, daß ein bezopfter Schulbureaukratismus ideale Lehrer wie Jan Flemming, die mit Begeisterung lehren, die ihre Aufgabe nicht als Handwerk, sondern als Kunst auffassen, nicht ebenso rücksichtslos erdrosselte wie einen Schulrat Prell, der einen schurkischen Kriecher und Paragraphenaffen, den widerlichen Schuldespoten Flachsmann coram publico zum Teufel jagt. Aber trotz dieser Verlogenheit der Komödie wirkt sie immer wieder begeisternd auf das Publikum. Jeder im Publikum atmet auf, wenn der Schulrat Jan Flemming beauftragt, die verzopfte, verstaubte und von tausend überflüssigen Paragraphen übelduftende „muffige Bude“ des Schuldespotismus mal gründlich auszulüften. Hat doch fast jeder in seiner „goldenen Schulzeit“ irgend einen Flachsmann, Weidenbaum, Dierks oder Riemann am eigenen Leibe gespürt. Auch am Sonntag entfesselte die Komödie wieder stürmischen Beifall, der freilich neben dem Dichter dem scheidenden Gast, Herrn Vallentin, galt. Herr V. traf den zwiespältigen Charakter des unter rauher Schale ein goldenes Herz tragenden Schulrats Prell vorzüglich. Seiner Kunst gelang es aber auch nicht, uns das psychologische Rätsel zu lösen, woran nicht er, sondern der Dichter die Schuld trägt. Neben dem Gaste trug die Darstellung des Flachsmann durch Herrn Ziegel das nur für einen Abend improvisierte Stück. Leider machte Herr Ziegel hier und da doch gar zu sehr einen Jammerlappen, einen unglaublichen Kretin aus der schurkischen Figur. Es ist gewiß schwer, dieser über eine Anzahl kleiner Nullen regierenden großen Null einen Zähler vorzusetzen, der ihren Charakter als Null nach oben, als Bestimmung moralischer und ideeller Werte nicht aufhebt, der aber als Summe schlechter Charaktereigenschaften nach unten geradezu erdrücken muß. Diese problematische Aufgabe hat auch Herrn Ziegels sonst so feine Charakteristik nicht ganz zu lösen verstanden. Von den übrigen Darstellern überraschte Herr Größer als Flemming mit einer ziemlich treffsicheren Leistung, während leider seine Partnerin Gisa (Fräulein Reimann) die schöne Liebesszene, das Schönste, was man an Liebesszenen seit Jahren auf dem Theater sieht, total verpfuschte. Das saubere Lehrerkollegium, die Stumpfsinnskorona der kriechenden, skatspielenden, „pflichttuenden“ und intriguierenden Vogelsang, Dierks, Weidenbaum, Riemann, Römer und Stürhan wurde von den Herren Godwin, Hartmann, Erasmi, Nimberg, Tautz und Fräulein Klinder angemessen verkörpert. Die (seltsamerweise anonyme) Regie sollte aber endlich die schmierig-staubigen Zimmerwände, die schon in den „Räubern“ (Zimmer des alten Moor) unliebsam störten, durch andere ersetzen lassen.

r. a.

Breslauer Sommer-Theater.

Die stillen Stuben.

Schauspiel in 3 Akten von Sven Lange.

Dieses ernste Liebesspiel zweier ernster Menschen hinterläßt auf den Beschauer einen tiefen Eindruck. Der Verfasser ist Däne und in seinem Vaterlande vielleicht weniger bekannt wie in Deutschland. Schuld daran ist wohl der Umstand, daß Lange ein fleißiger Mitarbeiter des „Simplicissimus“ ist und sogar einige Jahre Redakteur dieses angesehenen deutschen Witzblattes war. Lange ist in erster Linie Novellist und Romanschriftsteller. Immerhin haben einige seiner wenig zahlreichen dramatischen Werke, vor allem eins seiner jüngeren Arbeiten, „Die stillen Stuben“, lebhaften Anklang beim Publikum gefunden. Was sich dort auf der Bühne entwickelt, ist ein Alltagsbild von allergrößter Nüchternheit. Die tiefe Leidenschaft der handelnden Personen kommt in echt nordischer Art nur langsam und schwer zum Durchbruch, vielleicht sind sie für den weniger aufmerksamen Beobachter überhaupt nicht wahrnehmbar. Aber darin liegt eben die Bedeutung Langes. Trotz des Verzichtes auf äußerliche wirksame Effekte steigert sich der dramatische Verlauf von Szene zu Szene und hält den Hörer gefangen. Eigentlich endet der dramatische Lauf des Ganzen dort, wo er nach der gewöhnlichen Schablone mit erhöhtem Druck einsetzen müßte, nämlich am Schluß. Das ändert aber nichts an dem hohen Wert des Werkes. Gerade der versöhnende Schluß liegt beim Stile Sven Langes so weit ab von der gewöhnlichen Rührseligkeit und ist von so realistischer Treue, daß es ganz selbstverständlich erscheint, wenn der Verfasser von den soviel begangenen Wegen, die stets zu einem traurigen Ende führen, abweicht. Die Gestalten des ernsten Oberlehrers Theysen, der eine an Jahren beträchtlich jüngere Frau geheiratet hat und die Charakterisierung eben dieser Frau sind von erschütternder einfacher aber lebendiger Wahrheit. Der stark liebende Theysen sieht, wie sein junges Weib gerade durch sein leidenschaftsloses Lieben und Leben langsam von ihm abrückt, bis zu dem Manne, den sie zu lieben glaubt. Sie aber fühlt instinktiv die Gefahr, in der sie sich befindet und bittet den Gatten sie zu schützen. Als der aber in seiner einfachen Weise ihr bedeutet, daß er ihr nicht helfen könne, daß sie selbst stark sein müsse, sich über ihre Empfindungen klar zu werden, da beschleunigt sie den Bruch und verspricht dem anderen Manne zu folgen, weil sie sich von jenem nicht geliebt glaubt, aber alles geschieht in offener Aussprache. Als die beiden Liebenden vor Theysen hintreten wollen, um wie „zwei Kinder“ um ihre Freiheit zu bitten, da erschrecken sie vor den so unsagbar leidvollen Augen des Oberlehrers. Darin fühlt das Weib doch die unendliche Liebe dieses Mannes zu ihr. In ihrer Ratlosigkeit flüchtet sie zum Vater. Aber der ist ebenfalls durch ein Weib heruntergekommen und erzählt der Tochter die Geschichte ihrer Mutter. Diese nahm Gift, weil sie stark genug war, die Leidenschaft für einen anderen Mann zu unterdrücken. Die Tochter zieht aus dieser Erzählung den verzweifelten Schluß, ihre Qual ebenfalls durch Gift zu beenden. Aber der Vater entreißt ihr im letzten Augenblick das Giftfläschchen, aus dem bereits die Mutter getrunken und zu gleicher Zeit eilt von unsagbarer Angst getrieben der „leidenschaftslose“ Gatte herbei. Vom Tode haben die beiden die Liebe gelernt, die ihnen im Leben und in ihren stillen Stuben so unerreichbar erschien.

Diese Erstaufführung war für den Charakterdarsteller des Landa'schen Ensembles, Herrn Dr. Krüger, zugleich Abschiedsvorstellung. Der Künstler gab als Oberlehrer in dieser ernsten Rolle sein bestes Können. Ihm schlossen sich mit tiefer Innerlichkeit im Spiel Maria Kersten als seine Frau Helga an. Emil Marx als der alte Christensen, Max Grünberg als Amtsanwalt Carsten und Rose Lißmann als Josefa boten kleine, aber vorzügliche Leistungen.

S.

Kunst, Wissenschaft und Technik.

Ein Heilverfahren gegen den Krebs. Die Londoner Aerzte erwarten mit lebhafter Spannung den Erfolg einer Krebskur, die der Londoner Arzt Dr. Robert Bell an zehn Patienten vollzog, die sich, nachdem sie von anderen Aerzten zum Teil operativ behandelt und rückfällig geworden waren, ihm zur Verfügung gestellt haben. Darunter befindet sich eine gewisse Louisa Kelly, der die Aerzte nach der Operation und dann eintretender Rezidive nur noch vier Wochen Lebensfrist gegeben haben. In allen zehn Fällen ist die Krebserkrankung außer allem Zweifel festgestellt worden. Bell erklärt, daß Louisa Kelly der Heilung entgegengeht, während bei allen anderen Patienten die Besserung von ihren eigenen Aerzten konstatiert wurde. Bell hofft, daß jeder dieser Patienten geheilt wird. „Die Operationen“, sagt Bell, „sind ganz zwecklos“. Er ist der Ansicht, daß der Krebs nicht die Folge eines Mikroben oder Parasiten, sondern die direkte Folge einer morbiden Metamorphose des Zellgewebes ist. Ein wichtiger Punkt der Be-

beiden nicht bestätigt worden, da die Stimmzettel für den zum Gemeinde-Vorsteher gewählten Genossen Grosse nicht beigefügt waren, und da der zum Schulvorstandsmitglied gewählte Genosse Walther Sozialdemokrat sei. Der Gemeinderat hat nun die beiden Genossen wiedergewählt und harrt der Dinge, die da kommen sollen.

„Beuge vor", denken die Genossen in Gießen, und sie resolutionierten in einer dieser Tage stattgefundenen Wahlvereinsversammlung wie folgt:

„Falls hessische Landtagsabgeordnete an dem geheimen Beschlusse der süddeutschen Landtagsabgeordneten — fernerhin für die einzelstaatlichen Budgets zu stimmen — teilgenommen haben, spricht die Wahlvereinsversammlung darüber ihr Bedauern und Befremden aus.

Die hessische Regierung hat durch Nichtbestätigung sozialdemokratischer Gemeindebeamten, durch ihre Zustimmung zu allen volksfeindlichen Plänen der Reichsregierung und anderes, genügende Beweise ihrer reaktionären Gesinnung gegeben. Es wäre unverzeihliche Schwäche, dieser Regierung die Mittel für ihre, auch bei der Wahlreform bekundete volksfeindliche Regiererei, zu bewilligen."

Die „Mainzer Volkszeitung" meint dazu:

„Der Resolutionsmacher hätte besser getan, sich vorher erst über die Sache zu orientieren. Dann hätte er vielleicht feststellen können, daß auf der „geheimen" Konferenz gar kein „geheimer Beschluß" gefaßt wurde, sondern nur ein Meinungsaustausch stattfand. Der zweite Teil des Antrages rennt offene Türen ein, denn nach keinem unserer Genossen im hessischen Landtag ist es eingefallen, dem gegenwärtigen reaktionären Ministerium Ewald das Budget zu bewilligen."

Früheren Ministern ist jedoch der Etat auch von den hessischen Sozialdemokraten bewilligt worden.

Arbeiterbewegung.

Der Nieterstreik zu Ende. Es wird aus Stettin telegraphiert: Heut arbeiten im Vulkan 98 Nieter. Eine gestern Vormittag tagende Nieterversammlung der Streikenden beschloß, gegen ca. 20 Stimmen, Montag früh die Arbeit wieder aufzunehmen.

Zuchthausgesetz her! Die von einer Anzahl großindustrieller Scharfmacher ausgehaltene „Post" muß ihren Auftraggebern dadurch gerecht werden, daß sie fortgesetzt eine maßlose Hetze gegen die Arbeiterorganisationen betreibt. Beim Stettiner Streik der Nieter haben die beteiligten Gewerkschaften gewiß alles getan, um die Differenzen beizulegen. Trotzdem bringt es die „Post", die erst am Sonnabend bedauert hat, daß nicht nach französischen Mustern sofort Militär in Aktion trat, fertig, geraden diesen Fall zum Anlaß zu nehmen, um von der Regierung eine Beschneidung des Koalitionsrechtes zu verlangen. Die von dem Blatt verlangte Aenderung der Gesetze geht dahin, daß Arbeiterausstände nur dann als berechtigt anzusehen seien, wenn sie vorher von einem kompetenten, weil zweckmäßig aus Sachverständigen zusammengesetzten, Schiedsgericht ausdrücklich gebilligt werden. Werden sie trotzdem mutwillig inszeniert, so ist gegen ihre Veranstalter nicht bloß zivilrechtlich vorzugehen. Nach dem von der Schweiz gegebenen Beispiel dürfen auch wir nicht mehr zaudern, die hier gebotenen Wege zu betreten.

Das Schiedsgericht mußte natürlich eine Unternehmermehrheit haben. Und wer trotzdem streikt, der ist nicht bloß zivilrechtlich haftbar, sondern muß auch mit einer Freiheitsstrafe belegt werden. Ganz der Geist der verunglückten Zuchthausvorlage. Das Recht der Unternehmer, Arbeiter auszusperren, sie auf schwarze Listen zu setzen usw., dürfte von einer solchen Gesetzesveränderung natürlich nicht berührt werden. Die jetzige Zeit der Krisis hat bei der im Solde der Unternehmer stehenden Presse ein unglaubliches Maß von Dreistigkeit ausgelöst. Sie mögen sich aber gesagt sein lassen, daß das klassenbewußte Proletariat dem Raub des Koalitionsrechtes keineswegs untätig zusehen würde.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 17. August.

Geschichtskalender.

18. August.

1642 Der italienische Maler Guido Reni †.
1866 Gründung des Norddeutschen Bundes.
1907 Internationaler Arbeiterkongreß Stuttgart.

* **Steuer-Ersparnisse.** Mehr als die Steigerung der Grundstücks-Subhastationen, die bei den schwierigen Geldverhältnissen und der allgemein ungünstigen wirtschaftlichen Lage eine nur zu erklärliche Erscheinung ist, erregte die vermeintliche Tatsache Verwunderung, daß bei den zwangsweisen Verkäufen in vielen Fällen nur so niedrige Preise erzielt wurden, daß den Hypothekengläubigern riesige Summen verloren gingen. Die mit dem Grundstücksverkehr vertrauten Kreise wissen aber, daß diese Verluste in Wirklichkeit größtenteils gar nicht erfolgt sind, sondern nur als Resultat vorgenommener Schiebungen erscheinen.

„Der Ratgeber auf dem Kapitalmarkt" stellt fest, daß bei großstädtischen Subhastationen es fast schon als Regel gilt, daß vor dem Bietungstermin Vereinbarungen getroffen werden, wonach der Reflektant auf das Grundstück diejenigen Summen, welche hinter seiner Forderung eingetragen sind, direkt auszahlt, um die Inhaber der Nachhypotheken am Mitbieten zu verhindern. Ist z. B. ein Grundstück im Werte von 250.000 Mark mit einer ersten Hypothek von 125.000 Mark und einer zweiten von 100.000 Mark belastet, so wird bei einer Subhastation der Besitzer der ersten Hypothek dem zweiten Gläubiger die 100.000 Mark auszahlen, um freie Hand bei dem Erwerb des Grundstückes zu bekommen. Erwirbt er das Grundstück alsdann zum Preise von 100.000 Mark, so erscheint dem Fernstehenden bei dem Zwangsverkauf ein Ausfall von nicht weniger als 125.000 Mark entstanden zu sein. Beabsichtigt wird mit diesem Verfahren lediglich, den Erwerbspreis äußerlich herabzusetzen, um damit an Stempel- und Umsatzsteuern zu sparen.

Nach Meinung des genannten Blattes soll durch die Einführung der Wertzuwachssteuer diese „Ersparnistaktik" sich sehr kostspielig gestalten können. Zur Warnung der Herren Grundstückskäufer und Spekulanten berichtet es über einen derartigen Fall, der jüngst zur gerichtlichen Entscheidung gelangt ist. Ein Kaufmann in M.-Gladbach erwarb im Jahre 1901 von einem in Vermögensverfall geratenen Verwandten zwei Grundstücke in Essen zum Preise von 95.000 Mark, die er im Jahre 1907 an die Firma Krupp zum Preise von 160.000 Mk. verkaufte. Die Gemeinde Essen forderte auf Grund des erzielten Gewinnes die Zahlung einer Zuwachssteuer im Betrage von 4217 Mark. Der gute Mann erhob den Einwand, daß der Kaufpreis von 95.000 Mark nur ein fingierter gewesen sei, er habe bei dem Geschäft nicht einen Pfennig verdient, der scheinbare Zwischengewinn von 65.000 Mark sei zur Deckung von Verpflichtungen bestimmt gewesen, die er zum Ausgleich für den billigen Kaufpreis des Grundstücks für seine Verwandten übernommen habe. Der Bezirksausschuß wies den Kläger selbstverständlich ab, da bei der Zuwachssteuerverordnung lediglich der aus dem Grundbuch hervorgehende Kaufpreis in Ansatz gebracht werden kann.

Soweit ist die Sache ganz gut, die Zuwachssteuer hätte außer ihrer sonstigen vortrefflichen Wirkungen danach auch die gute Eigenschaft, die Hinterziehung von Stempel- und Umsatzsteuern kräftig zu ahnden. Doch für für einen „gerissenen" Grundstücksspekulanten — und welcher Grundstücksspekulant wäre nicht gerissen! — ergeben sich aus dieser Zwickmühle auch an Orten, die die Wertzuwachssteuer bereits eingeführt haben oder einführen werden, Auswege, die nicht nur vereinzelt beschritten, sondern sehr lebhaft — befahren werden. Unser Kaufmann in M.-Gladbach hätte beim Verkauf seines Verwandtengrundstückes seinen neuen Besitz nur in eine G. m. b. H. (Gesellschaft mit beschränkter Haftung) umzuwandeln brauchen, dann hätte er noch mehr Umsatz- und Stempelsteuer und außerdem noch jede Wertzuwachssteuer sparen können. Der Gründungsvorgang vollzieht sich in der Weise, daß das gekaufte Grundstück als Kapital in die mit sehr geringen Kosten zu errichtende Gesellschaft eingebracht wird. Da der Kaufpreis von 95.000 Mark fingiert war, so hätte es ihm wohl, da er irgendwelche Bedenken als Staatsbürger bei der Steuerhinterziehung nicht gehabt hat, keine großen Schwierigkeiten gemacht, den Scheinpreis auf nur 50.000 Mark festzusetzen und das Grundkapital seiner Gesellschaft m. b. H. auf denselben Betrag zu beziffern. Zur kunstgerechten Betreibung dieser Gründung brauchte er dann nur noch das Gesellschaftskapital in 50 Anteile von je 1000 Mark zu zerlegen. Den Preis der Anteile kann der Gründer und Besitzer ganz nach Belieben bestimmen. Um das gegründete Grundstück nun an die Firma Krupp zu dem jetzt erzielten Preise von 160.000 Mark zu veräußern, hatte er nur nötig, für jeden der 50 Anteile 3200 Mark zu verlangen.

Unter diesen Formen wäre einmal beim Kauf nur für 50.000 Mark Umsatz- und Stempelsteuer gezahlt worden, dennoch aber wäre trotz des erzielten Preises von 160.000 Mark kein Heller Wertzuwachssteuer zu entrichten gewesen, denn, so versichern die Steuerdefraudanten, das Grundstück ist unveränderlich im Besitz der G. m. b. H. geblieben, nur die Inhaber der Anteile haben gewechselt, etwa wie das einer Aktiengesellschaft gehörige Unternehmen immer im Besitz der Aktiengesellschaft bleibt, wenn auch die Aktien in andere Hände übergehen.

Diese unverschämte Steuerunterschlagung wird von der natürlich gesetz- und ordnungsliebenden Grundstücks-Spekulantensippe massenhaft betrieben, ohne daß dieses Defraudantentreiben durch die Gesetzgebung auch nur gestört worden wäre. Sie ist auch in Breslau an der Tagesordnung.

* **Die Lohnbewegung in der Erlenmöbelbranche.** Mit dieser wichtigen Frage beschäftigte sich am Sonntag im Gewerkschaftshause eine öffentliche Versammlung der Erlen-Tischler. — Bekanntlich hat die Tischler-Innung dem mit der freien Vereinigung abgeschlossenen Vertrage zugestimmt. Nur die Meister in der Erlen- und geschweiften Branche geben vor, vorläufig die 5 prozentige Erhöhung der Akkordlohnsätze nicht bewilligen zu können.

Am Freitag, den 14. d. M., fand zwischen der von der Innung eingesetzten Kommission und den Vertretern des Holzarbeiterverbandes eine Verhandlung statt, über deren Ergebnis Zumdick den Erlen-Tischlern Bericht erstattete. Die Meister stehen auf dem Standpunkt, die 5prozentige Aufbesserung in diesem Jahre unter keiner Bedingung gewähren zu können und begründen die Weigerung mit dem Hinweis auf die überaus schlechte Konjunktur in der Erlen-Möbel-Branche — die Läger seien überfüllt und der Absatz gering. Aus diesem Grunde geben die Meister vor, die Aufbesserung bis April nächsten Jahres aufschieben zu müssen, damit sollen sich die Gesellen zufrieden geben. — Die Verbandsvertreter erklärten demgegenüber, daß sie eine solche Hinausschiebung unmöglich akzeptieren und vor den Kollegen verantworten könnten. Gerade die Erlentischler sind einer Verbesserung am dringendsten bedürftig. Nach einiger Auseinandersetzung habe man den 1. Januar 1909 als den Zeitpunkt des Inkrafttretens des Vertrages festgesetzt, diesen Termin als den äußersten bezeichnet, unter welchen die Arbeitgeber unter keinen Umständen gehen wollen.

Zumdick empfahl der Versammlung, die Bedingung anzunehmen, da es als ausgeschlossen anzusehen sei, daß die Meister einen kürzeren Termin stellen werden. Mit derselben Festigkeit, mit der die Meister ihren Standpunkt vertraten, taten es aber auch die Gesellen. Sämtliche Diskussionsredner bis auf einen erklärten übereinstimmend, daß die Kollegen sich nicht bis 1. Januar vertrösten lassen können; gar so schlimm sei es garnicht in der Branche, wenn es auch jetzt etwas still geht und Arbeitslosigkeit vorhanden ist, so sei doch der Herbst die beste Zeit, zur Winterszeit sei die Konjunktur auch keine gute und dann könnte es kommen, daß nichts bewilligt würde. Die Erlentischler würden stets als Tischler zweiter Klasse behandelt.

Gauleiter Dietrich erwiderte gegenüber der Befürchtung, die Arbeitgeber würden nicht Wort halten, daß die Weigerung Vertragsbruch wäre, aus der man sicherlich die nötigen Konsequenzen ziehen würde. Die Innung könnte man für den etwaigen Vertragsbruch verantwortlich machen. Auch Dietrich teilt die Ansicht, daß es nicht möglich sein wird, die Arbeitgeber umzustimmen. Er ermahnt zur Besonnenheit, denn die Nichtannahme bedeutete den Streik. Trotz aller Vorhaltungen waren die Kollegen nicht zu bewegen, die gestellte Bedingung anzunehmen; die 5prozentige Erhöhung soll sofort, spätestens aber zum 1. Oktober cr. in Kraft treten.

Es wurde darüber, ob der 1. Januar angenommen wird, geheim abgestimmt. Die Mehrheit stimmte mit nein, zwar ergab die Abstimmung nicht die vorschriftsmäßige Zweidrittelmehrheit, doch fehlten dazu nur ganz wenige Stimmen. Dietrich gab die Erklärung ab, es werde versucht werden, die Innung zu einer nochmaligen Unterhandlung zu veranlassen. Man werde sich die größte Mühe geben, dem Wunsche, der an und für sich ganz berechtigt ist, nachzukommen. Es wurde alsdann eine Tarifkommission gewählt.

* **Gegen die Uebergriffe der Polizei unterm neuen Vereinsgesetz.** Durch das neue Reichsvereinsgesetz sind auch die früher vielfach zu politischen Zwecken mißbrauchten Befugnisse der Polizeibehörden, in „sicherheitspolizeilichem Interesse" die Benutzung eines Saales zu politischen Versammlungen zu verbieten, eingeschränkt worden. Das hat der Minister des Innern in Preußen jetzt in einem Einzelfalle hervorgehoben. In § 1 Abs. 2 des Reichsvereinsgesetzes vom 19. April 1908 sei bestimmt, daß die allgemeinen sicherheitspolizeilichen Bestimmungen des Landesrechtes nur soweit Anwendung finden, als es sich um die Verhütung unmittelbarer Gefahr für Leben und Gesundheit der Teilnehmer an einer Versammlung handelt. Durch diese reichsgesetzliche Anordnung habe also der § 10 Teil II Titel 17 des Allgemeinen Landrechts für das Vereins- und Versammlungsrecht eine Einschränkung erfahren.

Hoffentlich schreiben sich das alle Beteiligten hinter die Ohren! Denn Versuche, das Versammlungsrecht mit allen Mitteln hinwegzueskamotieren, sind bereits wieder dutzendweise gemacht worden. Allerdings ist es charakteristisch, wie die volks- und freiheitsfeindliche Presse die Verfügung wieder umdreht. In der „Schlesischen Zeitung" heißt es zum Beispiel:

---

handlung Bells ist die Diät. Er duldet nur ungekochte Speisen: Salat, ungekochte Früchte, Eier, Milch und Käse. Dies sollen die Hauptnahrungsmittel sein, doch sind andere Nährstoffe nicht ausgeschlossen. Ferner sind nach seiner Ansicht reine Luft, reines Wasser und sorgfältig innegehaltene hygienische Verhältnisse dringend erforderlich. Der Rest der Kur kann nur von Aerzten vorgenommen werden. Bell erklärt sich bereit, seinen ärztlichen Kollegen jede Auskunft zu geben. Die Ameisensäure ist eines der Hauptmittel, das er im Kampf gegen den Krebs anwendet. Nach Bells Ansicht besitzt die Ameisensäure nicht nur eine zerstörende Wirkung auf die Krebszellen, sondern neutralisiert auch die giftigen Bestandteile im Blut.

Aus aller Welt.

Die dänische Grönlandexpedition. Das Komitee der Dänemark-Expedition hat vom Kapitän Trolle folgenden telegraphischen Bericht erhalten: Der Expeditionsleiter Mylius Erichsen mit Hagen und Brocklund trennten sich am 25. Mai 1907 am Peerylanal von Kochs Schlittenabteilung. Nachdem sie durch Kartenaufnahmen bis Ende Juni aufgehalten worden waren, verhinderte die Schmelze die Rückreise. Sie waren gezwungen, den Sommer über 125 dänische Meilen vom Schiff entfernt zu bleiben, ohne Proviant und Petroleum, und waren lediglich auf Jagdglück angewiesen. Infolge unergiebiger Jagd waren sie bei Beginn der Heimreise am 19. Oktober, die sie mit vier Hunden antraten, entkräftet. Wahrscheinlich reisten sie den kürzesten Weg über das Inlandeis. Sie marschierten unter verzweifelten Verhältnissen bei Mangel an Proviant und Fußbekleidung. Durch zunehmende Dunkelheit und Kälte war ihre Kraft gebrochen. Ungefähr vierzig dänische Meilen über das Inlandseis vorgedrungen, suchten sie wahrscheinlich nach einem Orte, wo die Resultate ihrer großen Arbeit aufgefunden werden konnten. Sie wählten hierzu das Depot auf 79°. Erichsen und Hagen starben vor Erreichung dieses Zieles. Nur Brocklund erreichte den Depotplatz. Er setzte sein Testament auf und schrieb die letzten Berichte in sein Notizbuch. Darauf legte er sich resigniert mit der Büchse auf sich nieder und erlitt den Tod durch Erfrieren. Aus dem Notizbuch geht hervor, daß Hagen am 5. November gestorben ist, Erichsen ungefähr zehn Tage später. Brocklund ist begraben worden. Hagens und Erichsens Leichen waren bis dahin nicht aufzufinden, da alles von meterhohem Schnee bedeckt ist.

Mißglückte Landung des Parseval-Ballons. Für jeden Lenkballon gibt es im Moment der Landung einen kritischen Punkt. Das ist der Augenblick, in dem der verantwortliche Führer des lenkbaren Ballon das Schlepptau auswerfen und den Motor abstellen läßt. Wenn die Mannschaften dann nicht sofort das Seil erfassen, wird der Lenkballon, dessen Motoren und Propeller ja nicht arbeiten, sofort wie jeder gewöhnliche Freiballon abgetrieben. Dieses Abtreiben geschieht meist sehr rasch. So heißt es denn jedesmal für die Mannschaften schnell zugreifen. Erst kürzlich passierte es, wie wir mitteilten, dem lenkbaren Militärballon, daß er nicht schnell genug am Schlepptau erfaßt wurde. Der Wind drückte das Schiff sofort gegen einen alten Wall. Freilich hat das bei den unstarren Hüllen keine sonderliche Bedeutung. Gestern ist nun dasselbe Mißgeschick dem Parseval-Ballon passiert. Es wird über die Aufstiege des neuen Luftschiffes der Motorluftschiff-Studiengesellschaft vom Freitag berichtet:

Um 4 Uhr stieg der Parseval-Ballon in Tegel auf, nachdem Hauptmann v. Krogh, Leutnant v. Stelling, Ingenieur Kiefer, Monteur Weitz und ein neuer Chauffeur in der Gondel Platz genommen hatten. Es wehte ein schwacher Wind aus Norden, und die Stunde war den geplanten Schnellfahrversuchen besonders günstig. Dreiviertel Stunden lang manövrierte der Parseval über dem Felde, in dem er oft mit großer Geschwindigkeit hin- und herschoß. Bei der Landung wurde das Schleppseil zu weit abseits von den Mannschaften des Luftschiffer-Bataillons auf die Erde geworfen. Da der Motor abgestellt worden war und die Soldaten das Seil nicht sofort ergreifen konnten, trieb der hilf- und steuerlose Fisch mit dem hinteren Ende gegen die Föhren, die den Aufstiegplatz begrenzen. Hier drückten sich einige Kiefernzweige durch die rechte Stabilitätsfläche, und ein paar Seile verhäkelten sich im Zweiggewirr. Ein Kommando, und die Kletergeübten Soldaten erstiegen die Bäume und befreiten das gefangene Luftschiff, das bis auf die Risse in der einen Stabilitätsfläche völlig unbeschädigt geblieben war.

Nach 35 Minuten stieg der Parseval-Ballon zum zweiten Male auf. Er manövrierte etwa eine Viertelstunde lang zur Schau für mehrere geladene Mitglieder des Aeroklubs und ging dann glatt zur Erde.

Ein Mädchen als Waldmensch in der Wuhlheide. Ein überaus traniges Dasein hat die unglückliche Frieda Ziemer in den letzten Monaten geführt. Das arme Mädchen wurde am Freitag völlig hilflos in der Wuhlheide bei Köpenick gefunden, weil ihr drei junge Leute die für einen Augenblick abgeschnallten künstlichen Beine gestohlen hatten. Zurzeit fahndet die Kriminalpolizei nach den Dieben, denn es ist festgestellt worden, daß die jungen Männer die künstlichen Beine, die einen Wert von 400 Mk. hatten, verkaufen wollten. Das arme Mädchen hatte seit einem Monat von aller Welt verlassen in der Wuhlheide gehaust, da es kein Geld besaß, um seine Schlafstelle in der Weißenburgerstraße zu bezahlen. Einen ganzen Monat hindurch lebte Frieda Ziemer von Beeren und Pflanzen; Nachts schlief sie im Schutz der Büsche. Sobald Menschen in ihre Nähe kamen, zog sich die Unglückliche scheu ins Unterholz zurück. Das Mädchen, das von einem so grausamen Geschick betroffen wurde, befindet sich zurzeit im Krankenhause zu Köpenick.

Der falsche Schularzt, über dessen Treiben in Hamburg und Altona wir berichteten, ist nunmehr in der Person des erst 20 Jahre alten Arbeiters Michelsen, genannt Valling aus Hamburg ermittelt und festgenommen worden. Der raffinierte Gauner ist bereits mehrfach wegen Betruges, Urkundenfälschung und Sittlichkeitsvergehens vorbestraft. Von verschiedenen Frauen, deren Töchter er behufs Unterbringung in einer Ferienkolonie „ärztlich untersucht" hat, ist er in der vorgelegten Photographie sofort und mit Sicherheit als der Täter wiedererkannt worden.

Ein Kassenbote mit 75.000 Mark flüchtig. Ueber die Flucht eines Defraudanten wird aus Mülheim (Ruhr) telegraphiert: Ein Kassenbote der Mülheimer Filiale der Nationalbank in Bremen ist seit Freitag mit 75 000 Mark, die er bei der Reichsbank abgehoben hatte, flüchtig.

Schandtaten im Kinderasyl. Ganz Rybinsk ist, wie aus Petersburg telegraphiert wird, durch ein unerhörtes Sittlichkeitsverbrechen in die größte Aufregung versetzt. Im Baskakowschen Kinderasyl wurde auf direkte Klagen der Kinder eine ärztliche Untersuchung aller Mädchen vorgenommen, wobei sich herausstellte, daß elf Mädchen im Alter von acht bis dreizehn Jahren geschändet waren. Vergangen an den Kindern hat sich der Direktor des Asyls, Makarow, ein bisher geachteter Arzt, ein Mann von 55 Jahren, Vater erwachsener Töchter, der seine kleinen Pfleglinge besonders liebte, verwöhnte, beschenkte und ihnen Näschereien mitbrachte. Die Kinder hingen sehr an ihm und wurden nur durch die großen Schmerzen zur Anzeige getrieben. Während der Aufdeckung der Verbrechen war Makarow gerade in Petersburg auf Urlaub. Der Untersuchungsrichter richtete nach Petersburg den Befehl zu seiner Verhaftung und Einlieferung nach Rybinsk.

Der Minister des Innern hat nach der „Neuen Politischen Correspondenz" in einem Spezialfalle unter Hinweis auf die Einleitung zu seinem Erlasse vom 13. Mai dieses Jahres die Annahme als unzutreffend bezeichnet, daß das Recht und die Pflicht der Polizeibehörden, im sicherheitspolizeilichen Interesse gegen die Benutzung ungeeigneter Räume zu Versammlungszwecken vorzugehen, durch die Gesetze über Vereine und Versammlungen nicht eingeschränkt sei. In § 1 Abs. 2 des Reichsvereinsgesetzes vom 19. April 1908 sei bestimmt, daß die allgemeinen sicherheitspolizeilichen Bestimmungen des Landrechts nur soweit Anwendung finden, als es sich um die Verhütung unmittelbarer Gefahr für Leben und Gesundheit der Teilnehmer an einer Versammlung handelt. Durch diese reichsgesetzliche Anordnung habe also der § 10 Teil II Titel 17 des Allgemeinen Landrechts für das Vereins- und Versammlungsrecht eine Einschränkung erfahren.

Das Recht der Polizei ist nicht eingeschränkt, heißt es im ersten Satze; es hat eine Einschränkung erfahren, heißt es im letzten. Da kann sich ja der Landpolizist aussuchen, wonach er vorgehen will.

Wahr und richtig ist aber, daß die Versammlungsverbote ungesetzlich sind, die nicht mit einer direkten Lebensgefahr für die Versammelten begründet werden können.

* **Die Breslauer Kohlenhändler und die Sonntagsruhe.** Ein größerer Teil der hiesigen Kohlenhändler hat an den Regierungs-Präsidenten eine Petition gerichtet, in der sie um Wiederfreigabe der Morgenstunden von 7—9 Uhr an den Sonn- und Festtagen für ihr Gewerbe ersuchen, da diese Stunden den Kohlenhändlern durch das neue Ortsstatut über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe vom 1. Juli cr. ab entzogen worden sind. Die Hausfrau des kleinen Mannes, so führt die Petition aus, der seinen Lohn am Sonnabend Abend erhält und, sei es durch diese oder jene Umstände, erst nach 9 Uhr in die Wohnung kommt, deckt ihren Kohlenbedarf meist literweise. Zwar kann sie Sonntags in der Zeit von früh 7—9 Uhr ihre Waren beim Fleischer und Bäudler einholen, doch zum Kohleneinkauf kann sie erst um 11 Uhr gehen, wodurch sie verhindert ist, da der geringe Kohlenvorrat meist Sonnabends Abend erschöpft ist, für ein pünktliches Abkochen Sorge zu tragen. Würden die Stunden von 7—9 Uhr auch für den Kohlenhandel freigegeben sein, so würde diese Maßnahme es allen Hausfrauen ermöglichen, Lebensmittel und Kohle auf einem Wege einzukaufen, wodurch sie viel Zeit ersparen würden.

Die Kohlenhändler hätten sich nur vorher, während der jahrelangen Beratungen der Sonntagsruhe-Vorlage einmal melden sollen: niemand hätte widersprochen, wenn ihre Verkaufsstunden statt von 11—1 Uhr auf die beiden Morgenstunden verlegt worden wären.

* **Die Differenzen in der Direktion des Breslauer Schauspielhauses.** Wir haben bereits im Juni d. Js. über den Prozeß berichtet, den Direktor Nieter vom Breslauer Schauspielhause gegen seinen Mitpächter und Mitdirektor Zacher genannt Eger angestrengt hat, um das Sozietätsverhältnis zu lösen. Direktor Nieter ist in Gemeinschaft mit Leutnant Schmeidler Eigentümer des Schauspielhauses, gleichzeitig aber auch mit Direktor Eger zusammen Pächter desselben. Der Pachtvertrag läuft bis 1916. Ein schriftlicher Gesellschaftsvertrag ist zwischen den beiden Pächtern nicht geschlossen worden. Im März oder April dieses Jahres hatte es Differenzen zwischen ihnen gegeben, und Eger hatte die Absicht geäußert, von der Direktion zurückzutreten. Darauf hatte Nieter ihn durch einen Dritten darüber befragen lassen, und diesem gegenüber hat Eger seine Absicht bestätigt und kurz darauf auch sich Nieter gegenüber auf direktes Befragen bereit erklärt haben, am 15. September d. Js. auszuscheiden. Hinterher aber war Eger anderen Sinnes geworden, und deshalb hatte Nieter gegen ihn den Klageweg beschritten. In dem Prozeß, in dem am Sonnabend Vormittag Termin vor der II. Ferienzivilkammer anstand, behauptete Nieter durch seinen Vertreter, daß Eger ihm unter vier Augen zu Anfang des April bedingungslos seinen Austritt am 15. September angekündigt, und daß er, Nieter, dies angenommen habe. Durch diese übereinstimmende Willenserklärung sei das ohne schriftlichen Vertrag eingegangene Sozietätsverhältnis gelöst. Eger dagegen bestritt, eine solche Erklärung abgegeben zu haben. Er habe sich zuerst überhaupt geweigert, auszutreten, und schließlich nur gesagt, wenn es dazu komme, so werde er nur darein willigen, falls ihm für seine Bemühungen um das Theater ein „Guthaben" von 50.000 Mark herausgezahlt und darauf schon am 1. Mai eine Abschlagszahlung von 20.000 Mark geleistet werde. Diese Zahlung sei aber nicht geleistet worden, und so fühle er sich auch nicht mehr zum Austritt verpflichtet. Die Ferienzivilkammer II erkannte jetzt auf einen Eid, durch den Nieter beschwören soll, daß Eger ihm zu Anfang des April seinen Austritt bedingungslos zugesagt, insbesondere ihn nicht von einer Zahlung von 20.000 Mark am 1. Mai abhängig gemacht und bezüglich der Herausgabe des „Guthabens" ihm, Nieter, ganz freie Hand gelassen habe, damit das Theater nicht in andere Hände überzugehen brauche. Leistet der Kläger diesen Eid, so wird der Beklagte kostenpflichtig verurteilt, anzuerkennen, daß das Sozietätsverhältnis am 15. September beendet ist. Leistet der Kläger den Eid nicht, so wird er mit seiner Klage kostenpflichtig abgewiesen.

* **Die Breslauer städtische Ehrengabe an den Grafen Zeppelin** im Betrage von 10.000 Mark ist der Allgemeinen Rentenanstalt in Stuttgart, die Zeppelin als Sammelstelle bestimmt hat, überwiesen worden. Eben dorthin werden auch die bei der Städtischen Bank und in der Rathausinspektion eingehenden Spenden abgeführt. Bis jetzt sind außer den erwähnten 10.000 Mark an solchen Spenden noch zusammen 3208 Mk. 90 Pfg. abgesandt worden.

* **Wegen Eisenbahntransportgefährdung** hatte sich am Sonnabend ein Kutscher vor dem Schöffengericht zu verantworten. Er wollte eines Tages mit einem Rollwagen in die Nietoldpassage, an der Neuschenstraße, einbiegen, weil er dort etwas abzuliefern hatte. In einer kurzen Entfernung kam ein Straßenbahnwagen angefahren. Der Kutscher will dem Führer gewinkt haben, langsam zu fahren. Er ist dann von rechts nach links über die Schienen gebogen, worauf der Zusammenstoß erfolgte. Ein Passagier der Straßenbahn ist dabei verletzt worden. Hätte der Führer nicht mit aller Gewalt gebremst, so wäre ein nicht abzusehendes Unheil passiert. Der Staatsanwalt beantragte wegen Eisenbahntransportgefährdung 15 Mark Geldstrafe oder 5 Tage Gefängnis. Das Gericht verurteilte den Kutscher zu dieser Strafe, da eine grobe Fahrlässigkeit vorliege, wodurch viel Unheil hätte passieren können.

7300 Brände durch Spielen mit Streichhölzern. Nach einer Aufstellung des Statistischen Landesamts sind in den Jahren 1899 bis 1905 durch Spielen von Kindern mit Streichhölzern in Preußen über 7300 Brände entstanden. Viele Millionen des Nationalvermögens sind dadurch vernichtet worden; wären doch allein von der Städte-Feuersozietät der Provinz Sachsen in den letzten sechs Jahren in 323 Brandfällen 170.000 Mk. und in den letzten 21 Jahren in 798 Brandfällen 372.000 Mk. für solche Schäden zu vergüten. Der Generaldirektor der Städte-Feuersozietät der Provinz Sachsen zu Merseburg hat sich deshalb in einem Schreiben an die Lokalschulinspektoren gewandt und gebeten, eine wiederholte geeignete Belehrung und Ermahnung der Kinder in den Schulen zu veranlassen.

* **Die Invalidenkarte muß sofort nach Lösung des Arbeitsverhältnisses ausgehändigt werden.** Bei einem hiesigen Droschkenbesitzer war der Kutscher krank geworden. Als er wieder gesund war, forderte er von dem Besitzer die Papiere (den Entlassungsschein und die Invalidenkarte). Dieselben wurden ihm verweigert, da er noch vom letzten Tage einen Beitrag von 4,50 Mk. abzurechnen hatte. Der Kutscher aber wollte die Abrechnung nicht eher geben, bis er seinen Lohn erhalten. Nach einiger Zeit hatte die Polizei die Invalidenkarte geholt und dem Kutscher ausgehändigt, der dann erst wieder eine Stellung antreten konnte. Der betreffende Droschkenbesitzer hatte sich nun am Sonnabend vor dem Breslauer Schöffengericht wegen unberechtigten Vorenthaltens der Invalidenkarte zu verantworten. Er führte zu seiner Entschuldigung an, daß der Kutscher an dem Tage, an dem ihm ein Pferd einen Finger fast abgebissen hatte, in einer Restauration, wo er eine Erfrischung zu sich nehmen wollte, an ihn herangetreten sei und die Entlassung gefordert habe. Bei seinen rasenden Schmerzen habe er von der Herausgabe der Invalidenkarte nichts gehört, sonst würde er sie gegeben haben. Der Zeuge sei wohl ein paar Mal in seiner Wohnung gewesen, ihn aber niemals zu Hause getroffen. Der Staatsanwalt war der Meinung, daß sich der Angeklagte unbedingt strafbar gemacht habe und beantragte gegen ihn eine Geldstrafe von 10 Mark. Das Gericht nahm an, daß der Angeklagte verpflichtet war, die Invalidenkarte herauszugeben. Er hätte dieselbe seiner Frau dalassen müssen, so daß der Zeuge nicht auch noch ein drittes Mal vergebens hinzugehen brauchte. Durch seine Weigerung sei dem Zeugen ein großer Schaden entstanden, da er nicht gleich Stellung bekommen konnte. Er hätte nur den Entlassungsschein bis zur endgiltigen Regelung verweigern können. Er habe sich also gegen das Gesetz vergangen und müsse verurteilt werden. Es wurde, wie beantragt, auf zehn Mark Geldstrafe erkannt.

* **Einen Schlesischen Dialekt-Dichterabend** veranstaltet der Bildungsausschuß am Sonntag, den 30. August, Abends 6 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses. Frau Thekla Eisner-Barber, die beliebte Dialekt-Rezitatorin, wird Gedichte von Holtei, Max Heinzel, Robert Sabel, Hermann Bauch, Marie Oberdieck und anderen schlesischen Dichtern zum Vortrag bringen. Programme, die zum Eintritt berechtigen, kosten nur 10 Pf. und sind im Parteisekretariat, bei den Distriktsführern und in der „Volkswacht" zu haben.

* **Unglücksfälle.** In das Krankenhaus der Barmherzigen Brüder wurden eingeliefert folgende Verletzte: ein Arbeiter aus Neu-Limburg, der von einem Pferd geschlagen worden, ein Arbeiter aus Neuhaus, dem Ziegel auf die Hände fielen, ein Arbeiter von hier, den eine Deichsel an die linke Seite schlug, ein hiesiger Arbeiter, der sich mit einer Maschine zwei Finger der rechten Hand verletzt, ein Arbeiter aus Kampern, der vom Getreidefuder fiel, wobei ihm das Rad über die Schulter fuhr, ein Arbeiter aus Nieder-Stuhr, der auf die Tenne fiel und die rechte Schulter verletzte, ein Knecht aus Simsdorf, der vom Erntewagen gesprungen, ein Heizer aus Kranzfelde, der sich an der Ackerrinde die rechte Hand verletzt, ein Arbeiter aus Rathen, der hinfiel und einen Knöchelbruch erlitt.

† **Wieder der Spirituskocher.** Das bei einem Fleischermeister auf der Promnitzstraße in Stellung befindliche Dienstmädchen Martha Friebe versuchte am Freitag die Flammen eines Spirituskochers auszublasen, wobei eine Explosion erfolgte. Die Kleider des Dienstmädchens waren dadurch in Brand geraten und das Mädchen erlitt so schwere Verletzungen am Oberkörper, daß es in eine Heilanstalt gebracht werden mußte. Die Flammen hatten außerdem verschiedene Möbelstücke beschädigt.

† **Unfall.** Am Freitag kam ein Fleischer-Fuhrwerk von der Hirschstraße führerlos in mäßigem Tempo des Weges. Ein Arbeiter sprang dem Pferde in die Zügel, kam dabei aber zu Fall und wurde überfahren. Erhebliche Verletzungen hat er dabei nicht erlitten.

† **Gefunden** wurden: Ein goldenes Kettenarmband im Werte von 50—60 Mk., mehrere Schulbücher, Versicherung und Legitimationspapiere, ein braunes Damenhandtäschchen mit Inhalt, eine Brosche, zwei Schlüsselbunde, eine Nickelbrille mit Etui und ein Damengürtel. — Verloren wurden: Ein goldener Damenring mit hellblauem Stein, ein Juchtenleder-Portemonnaie mit einem Hundertmarkschein, ein Siegestaler und Kleingeld, ein Ebenholzstock mit geripptem Silbergriff, eine goldene Damenuhr Nr. 339,842, ein braunes Lederportemonnaie mit Inhalt. — Gestohlen wurde: Einem Apotheker ein dunkles Jackett, einer Schneiderin beim Abliefern fertiger Sachen ein Korbflechtwagen, durch Einbruch in einen Schuhladen 5 Paar neue schwarze und 3 Paar braune Herren-Schnürstiefeln im Werte von 150 Mk., aus einer Wohnung verschiedene Schmuckgegenstände und 71 Mk. bares Geld, einem Lehrer auf der Reise aus dem Reisekoffer ein Paar neue Stoffhosen; einem Schlosser aus der Kommode ein Portemonnaie mit 33 Mk. und eine Doubleuhrkette, einem Fuhrwerksbesitzer ein Wagen-Sitzbrett. — Feuer. Am 15. d. M., Nachmittags, wurde die Feuerwehr eines Stubenbrandes wegen nach der Vincenzstraße gerufen. Der Brand war in 5 Minuten gelöscht.

Aus Schlesien und Posen.

Kapitalistische „Vernunft".

Die in der „Volkswacht" wiederholt geschilderte gewaltige Ueberlastung der oberschlesischen Gemeinden mit Ausgaben für die Volksschule zeitigt mancherlei Erscheinungen unerfreulichster Natur. Zu diesen gehören auch die zahlreichen verwaltungsgerichtlichen Prozesse, die die Gemeinden im oberschlesischen Industriebezirk auf Grund § 53 des Kommunalabgabengesetzes gegeneinander führen. Jede Gemeinde sucht ihre Volksschullasten möglichst herabzudrücken oder Mitträger für diese zu erlangen. Der Industriebezirk besteht aus einem großen Netz aneinander hängenden Arbeitergemeinden, um die die zahlreichen Bergwerke und Hüttenwerke in buntem Gemisch gruppiert sind. Die Arbeiter wohnen bald in dieser, bald in jener Gemeinde und sind dann vielfach auf Werken beschäftigt, die zu anderen Gemeinden und Gutsbezirken gehören. Natürlich besuchen die Kinder dieser Arbeiter die Schulen ihrer „Wohngemeinde", diese aber will die dadurch entstehenden Mehrkosten nicht tragen und nimmt dafür die „Betriebsgemeinde" in Anspruch, also die Gemeinde, in der die Arbeiter beschäftigt sind. Gutwillig aber bezahlt die letztere nicht, also kommt es zum Prozeß, der, weil durch mehrere Instanzen gehend und sehr hartnäckig geführt, meist lange Zeit, viel Arbeit und nicht geringe Kosten verursacht. Da werden alle möglichen und unmöglichen Einwände erhoben, die langwierige Untersuchungen nötig machen. So fordert gegenwärtig die Gemeinde Zabrze von der Nachbargemeinde Zaborze einen jährlichen Zuschuß von 120.000 Mark zu den Schullasten, weil zirka 2500 Arbeiter, die in den Kokswerken und auf der Königin Luise-Grube in Zabrze arbeiten, aber in Zaborze wohnen und zirka 4000 Kinder in die dortige Volksschule schicken. Zaborze, das selbst freilich vor einigen Jahren ähnliche Ansprüche gegen andere Nachbargemeinden auf dem Prozeßwege erstritten hat, lehnt jetzt die Forderung der Nachbargemeinde ab, indem sie einwendet, daß die Kokswerke teilweise auch in Zabrze liegen, die Arbeiter der Königin Luisegrube soviel verdienen, daß sie in Zabrze auch Steuern zahlen, außerdem viele Zaborzer Beamte in Zabrze wohnen und Steuern zahlen, die Gemeinde Zabrze durch das in Zaborze befindliche Gymnasium Vorteile habe und schließlich die Einwohner von Zaborze viel Geld nach Zabrze tragen. Alle diese „Gegengründe" müssen genau geprüft werden, man kann sich also vorstellen, wie kompliziert der Prozeß werden muß, der typisch ist für diese Art oberschlesischer Kommunalprozesse. Oft hat die beklagte Gemeinde ähnliche Ansprüche an die klägerische, denn auch sie muß mehr oder weniger Kinder beschulen, deren Eltern in der anderen Gemeinde arbeiten und nun wird eine Gegenrechnung aufgemacht und von beiden Seiten werden alle möglichen „Gründe" für und gegen angeführt.

Diebstahl in einem Militärmagazin. Unaufgeklärt ist das Verschwinden einiger Waffenteile aus einem süddeutschen Militärmagazin. Ein Telegramm meldet jetzt aus Ulm: Aus dem Militärmagazin am Salzstadel in Ulm sind Waffenteile entwendet worden. Es fehlten die Bestandteile von je drei Infanteriegewehren Modell 88 und von Karabinern Modell 88.

Selbstmord im Koffer. Die Franzosen waren von jeher erfinderisch in Selbstmordarten. Wie aus Paris gemeldet wird, hat ein gewisser Leman wiederum eine neue Möglichkeit gefunden, auf sichere und schnelle Art Selbstmord zu begehen. Er kaufte sich einen Riesenkoffer, in dem er Platz hatte, bohrte ein Loch durch eine der Kofferwände und leitete einen Gasschlauch durch das Loch in das Innere des Koffers. Den Koffer selbst versah er mit einem Schnappmechanismus, der es ihm nicht ermöglichte, den Koffer von innen zu öffnen, sobald der Deckel einmal zugeschlagen war. Dann stieg er in seinen provisorischen Sarg hinein und schlug den Deckel zu. Er hatte vorher nicht vergessen, den Gashahn aufzudrehen und fand so ein sicheres und schnelles Ende.

Ein Liebesdrama, dem zwei blühende Menschenleben zum Opfer gefallen sind, hat sich am Sonnabend in Berlin abgespielt. Der 21jährige Techniker Schapiro, Wullenweberstraße 6 wohnhaft, erschoß in einem Hotel in der Dresdener Straße seine Geliebte, die 22jährige Klepatzki und tötete sich darauf selbst durch einen Revolverschuß.

Ein schweres Eisenbahnunglück. Auf der Lokomotive eines Vergnügungszuges von Paris nach Boulogne sur Mer ereignete sich, wie aus Paris telegraphiert wird, gestern zwischen Louvres und Survilliers eine Kesselexplosion. Der Führer wurde getötet, der Heizer und ein Schaffner schwer verletzt, zwölf Wagen entgleisten; die Reisenden blieben unverletzt.

Die alte und die neue Kölner Sandbrücke. Nachdem 2 Taucher an der eingestürzten Südbrücke in Köln ihre Arbeiten vollendet haben, wurde gestern wie aus Köln berichtet wird, durch einen Lastkran mit der Hebung der eingestürzten Brückenteile begonnen. Am Freitag fand eine Besprechung zwischen den Vertretern der Regierung, der Strombauverwaltung und der Union-Gesellschaft statt. Da wegen der Gefahr des Eisgangs keine Pfähle im Rhein sein dürfen, beschloß man, die ganze Brücke bis zum 15. September dieses Jahres abzubrechen. Bei dem im nächsten Frühjahr zu errichtenden Neubau soll die für die Durchfahrt der Schiffe fernbleibende Oeffnung anstatt 60 nur 35—40 Meter betragen.

Ein einbeiniger Meisterschwimmer. Ein Pendent zu dem einbeinigen Turner, von dem kürzlich die Rede war, bildet ein einbeiniger Meisterschwimmer namens William Bratton, der vor einigen Tagen an einem in New York veranstalteten Wettschwimmen teilnahm. Der einbeinige Schwimmer brauchte zu der Strecke, die der Sieger in $1^1/_2$ Stunden zurücklegte, nicht viel mehr als zwei Stunden.

Hilfe für Donaueschingen. Die Not der 600 durch das Brandunglück in Donaueschingen obdachlos gewordenen und ihrer Habe beraubten Familien ist so groß, und die Notwendigkeit, dem Elend zu steuern, so dringend, daß sich in Berlin ein Komitee gebildet hat, um die Hilfe der Bevölkerung, speziell in Norddeutschland, anzurufen. Eine Reihe im öffentlichen Leben stehender Männer hat bereits den Beitritt zu diesem Komitee erklärt, das in den nächsten Tagen mit einem Aufruf an die Oeffentlichkeit treten wird.

Eine blutige Lynchrevolte hat sich wieder in den Vereinigten Staaten ereignet. Aus Springfield (Illinois), 15. August, meldet ein Telegramm:

Der Angriff eines Negers auf eine weiße Frau veranlaßte gestern einen Kampf zwischen Weißen und Negern, der die ganze Nacht hindurch anhielt. Nachdem eine weiße Menschenmenge zahlreiche Häuser im Negerviertel in Brand gesteckt und verschiedene Geschäfte erbrochen hatte, ergriff sie einen Neger, schoß zahlreiche Kugeln auf ihn ab und knüpfte die Leiche an einem Baum auf. Die Menge tanzte dann unter ungeheurem Jubelgeschrei um die Leiche herum. Während der wüsten Szenen wurden drei Weiße getötet und fünfundsiebzig Personen verletzt. Der Hilfsschatzmeister des Bezirks ist von einer Negermenge angegriffen und tödlich verletzt worden. Da die Miliz der Lage nicht Herr wurde, wurden Truppen aus Chicago herbeibeordert. Sie feuerten über die Köpfe der Menge hinweg und vertrieb sie endlich. Zahlreiche Männer, Frauen und Kinder verlassen die Stadt. Die größeren Geschäfte sind geschlossen.

Wie die gestrigen Londoner Zeitungen aus Springfield melden, haben sich die Unruhen am nächsten Tage erneuert. Dabei wurden sechs Weiße getötet, ein Neger wurde gelyncht. An verschiedenen Stellen brach Feuer aus. Der Pöbel beherrscht die Stadt. Das Militär fuhr Maschinengewehre auf. Der Gouverneur hat all Milizen des Staates nach Springfield beordert.

Die Cholera in Rußland. Aus Petersburg meldet ein Telegramm: Sechs Kreise des Gouvernements Nischni-Nowgorod mit der gleichnamigen Stadt, zwei Kreise des Gouvernements Kasan, das Kubangebiet, das Gouvernement Stawropol und das Schwarzmeergouvernement wurden für cholerabedroht erklärt. An Cholera erkrankten im Gouvernement Saratow am 12. August 24 Personen, von denen 15 starben. In der Stadt Samara erkrankten vom 8. bis 12. August 5 Personen. Am 13. August erkrankten im Gouvernement Astrachan 37 Personen, von denen 19 starben. In der Stadthauptmannschaft Rostow am Don erkrankten 13 und starben 5 Personen. In Baku und im Gouvernement Tula kam je 1 Cholerafall vor. In Nischni-Nowgorod sind bisher 4 Erkrankungen und 1 Todesfall vorgekommen.

Eine geheimnisvolle Uhr, als deren Verfertiger ein Augsburger Meister gilt, befindet sich im Königsschloß zu Stockholm. Die Uhr stellt einen bronzenen Maurerjungen, der einen Löwen aus dem gleichen Metalle mit sich führt, vor. Bei jedem Stundenschlage bewegen sich die beiden Figuren. Sachverständige, welche die Uhr im Auftrage des Königs prüften, schätzten ihr Alter auf vierhundert bis fünfhundert Jahre. Ist das Werk der Uhr, die heute noch die Zeit vollkommen genau zeigt, den Fachleuten ein Rätsel, so ist es noch in höherem Grade der Fundort der Uhr, über den Nordenskjöld folgendes berichtet: Als er sich auf der Rückfahrt von seiner Nordpolreise befand, kam in Spitzbergen ein Fischer an Bord, der eine geheime Unterredung mit ihm wünschte. Hierbei erzählte er, eines Tages hätte er mit zwei Kameraden eine schwere Metallkiste aus dem Meer gezogen. Es hätte Monate bedurft, das kunstvolle Schloß zu lösen und die Uhr ans Tageslicht zu fördern. Seitdem aber das Kunstwerk im Dorfe sei, wäre ein Unglück über das andere hereingebrochen. Nordenskjöld erwarb die Uhr von dem Fischer und brachte sie dem Könige. Erst in der jüngsten Zeit konnte festgestellt werden, daß die Uhr, die um das Ende des 16. Jahrhunderts in Augsburg angefertigt wurde, von einem holländischen Hafen aus zu Schiff nach einem Kloster in Archangelsk verladen wurde. Das Schiff scheiterte und nach vier Jahrhunderten erst wurde das Meisterwerk alter Uhrmacherkunst wieder aufgefunden.

Das rote Meer. Eine Rotfärbung des Meeres wurde kürzlich bei Rhode Island beobachtet. Das Wasser war meilenweit rot und verbreitete einen unerträglichen Geruch. Großes Fischsterben trat ein, tausende von toten Meertieren, Fischen, Krabben bedeckten das Ufer. Die Ursache dieser Erscheinung wurde in dem massenhaften Auftreten eines mikroskopischen Geißeltierchens, einer rotbraunen Peridinmart, gefunden, die das Wasser so undurchsichtig machte, daß man eine weiße Muschel 15 Zentimeter tief eingetaucht nicht mehr sehen konnte. Nach heftigem Regen und Abkühlung verschwanden die Peridien wieder. Auch bei Bombay und im Roten Meere sind solche vorübergehende Rotfärbungen durch Peridien beobachtet worden, die nicht nur im Salzwasser, sondern auch im Süßwasser vorkommen. Unwillkürlich erinnern diese Beobachtungen an die Verwandlung des Nilwassers in Blut, die 7 Tage lang währte, als die Fische im Wasser starben und die Aegypter das trübende Wasser nicht trinken konnten.

Unter solchen Umständen ist es begreiflich, daß für die betreffenden Gemeinden in der Regel nichts dabei Prozessieren herauskommt, außer Arbeit, Kosten und gegenseitige Verärgerung. Trotzdem werden diese Prozesse immer weiter geführt und es schweben gegenwärtig vielleicht ein halbes Dutzend oder mehr solcher Prozesse beim Bezirksausschuß bezw. Oberverwaltungsgericht. Die betreffenden Gemeinden mögen nach dem Wortlaut des Gesetzes gezwungen sein zu solchen Prozessen, uns aber kann das nicht abhalten, solche Verhältnisse als durchaus töricht und verwerflich, als gegen das allgemeine Interesse gehend zu bezeichnen. Sie zeigen deutlich, wie es in Wahrheit mit den als so trefflich und vernünftig gerühmten bürgerlichen Einrichtungen oft steht. Hier ist eben nicht das Allgemeininteresse, sondern lediglich das Interesse einer kleinen Gruppe von Kapitalisten bestimmend, von Leuten, die, wie die oberschlesischen Kohlenmagnaten, nicht selbst ihre Pflichten gegen die Allgemeinheit erfüllen wollen und deshalb jeden Widersinn gutheißen, der sie in diesem Bestreben stützt.

Steinsdorf bei Ohlau, 16. August. Hier brannte in der Nacht zwischen 11 und 12 Uhr der Gaststall des Gasthofbesitzers Bittner nieder. Ein Pferd und ein Wagen mit Schnittwaren, einem Schnittwarenhändler aus Lossen gehörig, verbrannte. Die Ware war versichert, das Pferd nicht. Man vermutet, daß das Feuer von einem Landstreicher angelegt worden ist.

Canth, 16. August. Einbrüche. Zwei dreiste Einbrüche wurden in den Nächten zum 13. und 14. d. M. hier verübt. Aus dem Schuhwarengeschäft von Drubm wurden nach Durchschneiden der Leitungsdrähte der elektrischen Klingel Herren- und Damenschuhe, Zigaretten und Bargeld im Gesamtwerte von 113 Mark gestohlen. Die folgende Nacht wurde beim Kaufmann Gottlieblich eingebrochen, woselbst Wechselgeld und sämtliche Schlüssel gestohlen wurden. Die Täter sind bis jetzt unermittelt.

—e. **Schweidnitz**, 13. August. Gewerkschaftskartell. In der am letzten Dienstag stattgefundenen Sitzung des hiesigen Gewerkschaftskartells referierte der Vorsitzende, Genosse Liebig, über Deutschlands Sozialpolitik, und zwar zunächst über das Kapitel „Arbeiterschutz". In der Diskussion wurde darauf hingewiesen, daß es Sache der Arbeiter sei, mehr als bisher das Augenmerk auf die Innehaltung der gesetzlichen Bestimmungen seitens der Unternehmer zu richten, da die Arbeiter es ja selbst sind, die in erster Linie ihre Knochen zu Markte tragen. Dahingehende Beobachtungen sollten sofort dem Rechtsschutzbureau gemeldet werden, damit Anzeige erstattet werden kann. So ist es in dem Betriebe des hiesigen konservativen Organs wiederholt vorgekommen, daß Arbeiterinnen des Sonnabends über 5½ Uhr hinaus beschäftigt worden sind, und erst durch die Initiative des Gewerbeinspektors wurde diesem gesetzwidrigen Zustand ein Ende gemacht. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten ersucht der Vorsitzende, die noch außenstehenden Listen bezüglich der Vortragsabende baldigst abzuliefern, damit die Zahl der Teilnehmer festgestellt werden kann. Von seiten der kleineren Gewerkschaften ist die Beteiligung so ziemlich gleich Null; es wäre im Interesse des Zustandekommens dieser Vortragskurse daher nur zu wünschen, daß wenigstens die größeren Gewerkschaften ihren Mann stellen möchten. Es fehlten unentschuldigt: Textilarbeiter Jähnel, Brauereiarbeiter Sauer und Zimmerer Scholz.

Hirschberg, 16. August. Was bringt der Fremdenverkehr der Arbeiterschaft? Trotzdem dieses Jahr die Ernte eine verhältnismäßig gute ist, haben wir hier Marktpreise, die weit über die der Großstadt hinausgehen. Vergleicht man die Preise von Breslau, so zahlt man in der Großstadt für einen Doppelliter Gemüse, Kirschen, selbst neuen Kartoffeln, nicht mehr als hier für einen Liter. Waldfrüchte, Blaubeeren, Preiselbeeren sind hier fast garnicht auf dem Markt, da die großen Händler alles aufkaufen. Wollen die Arbeiter mal Beeren oder Pilze essen, so müssen sie selber in den Wald gehen. Liegnitzer Gurken sind bei uns das Schock 20—30 Pf., Eier die Mandel 10 bis 20 Pfennige teurer als in Breslau. Landbutter steht nicht unter 1,30 Mark das Pfund, während man in Breslau, wenigstens zeitweise, weniger bezahlt. Angesichts solcher Preise muß der Arbeiter zu Fett und Margarine greifen. Woran liegt das? Weil alle Waren nach dem Gebirge gebracht werden und hier im Tal ständiger Mangel herrscht. Die Butter wird bei den Händlern förmlich aus den Körben gerissen. Nicht besser ist es mit den Wohnungen. Im Sommer prangen an jedem Hause Schilder: „Wohnung für Fremde, Sommerwohnung", aber der Arbeiter muß bei hohen Mieten mit den erbärmlichsten und ungesundesten Löchern im Hochwassergebiet oder Keller zufrieden sein. Eher stehen die Wohnungen ein halbes Jahr leer, als daß sie an Arbeiter vermietet werden. Nun sollte man meinen, daß die Löhne dementsprechend hohe sind, aber das Gegenteil ist der Fall. Wochenlöhne von 6 bis 10 Mk. sind in den Textilfabriken nicht selten, und wo noch etwas mehr verdient wird, ist schlechter Geschäftsgang. So wird bei der Firma Dinglinger und auch in der Holzindustrie schon seit Wochen nur vier Tage wöchentlich gearbeitet. Das Baugewerbe liegt ganz darnieder und dabei hält schon der Winter seinen Einzug. Die Proletarier des Riesengebirges unterscheiden sich in nichts von denen des Eulengebirges. Der enge Zusammenschluß aller Arbeiter in ihren Berufsorganisationen kann hier nur helfend eingreifen.

Steinkunzendorf, 17. August. Die „öffentliche Tanzlustbarkeit". Der Schriftführer des Gesangvereins „Fisch auf", Genosse Langer, war von der Strafkammer in Schweidnitz zu einer Geldstrafe verurteilt worden, weil er ohne behördliche Genehmigung ein Vergnügen seines Vereins veranstaltet haben sollte, das infolge der Anwesenheit einer großen Zahl von Gästen als „öffentliche Tanzlustbarkeit" angesehen worden war. Das Kammergericht hat dieses Urteil jetzt aufgehoben und die Sache zur nochmaligen Verhandlung an die Vorinstanz zurückgewiesen. Das Vergnügen ist dabei zwar ebenfalls als eine öffentliche Tanzlustbarkeit angesehen worden, doch wurde ein Verschulden des Angeklagten nicht als ausreichend nachgewiesen erachtet.

Mauer, 16. August. Von der Talsperre. Wie wir vor einigen Tagen berichteten, war beim hiesigen Talsperrenbau plötzlich der Luftschacht des Umlauf-Stollens zusammengestürzt und dadurch der Abfluß des Bobers verstopft worden. Leider ließ sich, wie anfangs angenommen worden war, die Verstopfung nicht so leicht beseitigen, sodaß ein beträchtlicher Rückstau des Boberwassers erfolgte. Erst am Freitag Vormittag ist es gelungen durch Sprengen mit Dynamit das Hindernis zu beseitigen und dem Bober wieder freien Abfluß zu schaffen. Durch das Grundwasser beim Stau ist nun leider die große Baugrube gegen 20 Meter hoch mit Wasser gefüllt worden. Die Arbeiten mußten infolgedessen abgebrochen und der größte Teil der Arbeiter entlassen werden. Innerhalb der nächsten acht Tage hofft man nun durch Pumpen wieder die Baugrube entleeren zu können. Dann erst können die Bauarbeiten wieder in vollem Umfange aufgenommen werden.

Liegnitz, 15. August. Von der Handelskammer. Die Liegnitzer Handelskammer beschloß in ihrer Vollsitzung, sich an den Minister der öffentlichen Arbeiten um Ausbesserung und Erweiterung des Ober-Spree-Kanals zu wenden, und bei dieser Gelegenheit auch um Schaffung besserer Schnellzugverbindungen zwischen Breslau und Halle-Leipzig, sowie Breslau-Dresden-München nachzusuchen.

Liegnitz, 16. August. Versammlung politisch organisierter Frauen. Ueber 30 weibliche Mitglieder des Lehrerinnenvereins hatten sich am Freitag zu der ausschließlich für Frauen bestimmten Versammlung eingefunden. Genosse Pohner wies einleitend darauf hin, daß es wohl die erste Versammlung in Liegnitz sei, die für Frauen einberufen sei, und er gab der Erwartung Ausdruck, daß die Frau dem politischen Leben in Zukunft mehr Interesse entgegenbringen möchten. Hierauf erläuterte Genosse Heider in kurzen klaren Zügen den ersten Teil des Parteiprogramms. Den leichtverständlichen Ausführungen wurde große Aufmerksamkeit entgegengebracht. Dem Beschluß der letzten Wahlvereins-Versammlung, den Frauen Sitz und Stimme im Vorstand einzuräumen, wurde Folge gegeben und Frau Ulber in den Vorstand delegiert. Einem Antrage, diese Frauen-Versammlungen alle vier Wochen abzuhalten, wurde zugestimmt. Hierauf erfolgte Schluß der Versammlung.

Liegnitz, 15. August. Ueber eine mißglückte Kinderentführung berichtet das hiesige „Tageblatt" folgendes: Vor etwa 10 Wochen verließ eine hiesige Ehefrau ihren Ehemann unter Mitnahme ihrer beiden Kinder, eines Knaben und eines Mädchen im Alter von 4 und 6½ Jahren. Sie begab sich zu ihrer Mutter nach Königshütte und leistete dem an sie gerichteten Verlangen des Ehemanns auf Herausgabe der Kinder keine Folge. Der Ehemann, ein hiesiger Gastwirt, der Anspruch auf den Besitz seiner Kinder zu haben glaubte, beschloß, sie mit List in seine Gewalt zu bekommen. Er fuhr mit einem Freunde nach Königshütte, und es gelang ihm auch, seine Kinder in Abwesenheit ihrer Mutter ausgeliefert zu erhalten. Er brachte die in Tücher gehüllten Kinder, die direkt aus den Betten geholt worden waren, am Mittwoch nach Beuthen OS., wo er sie völlig neu einkleiden ließ und sodann mit ihnen die Reise nach Gleiwitz fortsetzte. Als er auf dem dortigen Bahnhofe mit seinen Kindern und seinem Freunde auf den 3,23 Uhr fälligen Schnellzug wartete, der alle vier nach Liegnitz bringen sollte, entstieg diesem Zuge nach der Einfahrt seine Frau mit ihrem Bruder. Als die Frau ihre Kinder bemerkte, stieß sie gellende Hilferufe aus, die einen großen Auflauf verursachten. Der Vater, der mit seinen Kindern bereits den Zug bereits bestiegen hatte, wurde von sechs Eisenbahnbeamten aus dem Abteile geholt und in das Stationsgebäude gebracht, wo er trotz seines Hinweises, daß er als Vater ein Anrecht auf den Besitz seiner eigenen Kinder habe, solange festgehalten wurde, bis zwei Eisenbahnbeamte die Kinder der Ehefrau übergeben hatten, die mit ihnen nach Königshütte zurückfuhr. Der hiesige Einwohner konnte die Reise nach Liegnitz fortsetzen und hatte nun bei der Kgl. Staatsanwaltschaft Strafanzeige wegen Freiheitsberaubung, tätlichen Angriffs und Kindesraub gegen die Bahnbehörde von Gleiwitz und gegen das begleitende Zugpersonal des betreffenden Schnellzuges erstattet.

Goldberg, 16. August. Feuer. In dem benachbarten Kopatsch brannte Sonnabend früh in der 10. Stunde die dem Stellenbesitzer Seidel gehörige Besitzung bis auf den Stall, der unversehrt blieb, nieder. Wohnhaus und Scheune wurden ein Raub der Flammen, dagegen konnten die Möbelstücke noch gerettet werden. Die Seidelschen Eheleute, sowie die darin befindlichen Mietleute, welche auf dem Felde waren, wurden erst durch die Feuersignale auf den Brand aufmerksam gemacht. Wahrscheinlich ist das Feuer angelegt worden. Bis jetzt konnte der Täter nicht ermittelt werden.

—t. **Haynau**, 16. August. Tarifabschluß und Aussperrung. Zwischen der Firma Bertram und dem hiesigen Ortsverein des Lederarbeiterverbandes ist ein dreijähriger Lohntarif abgeschlossen worden. Neben der Abschaffung sämtlicher Nebenarbeiten in der Zurichterei enthält er eine Erhöhung der Wochen- und Akkordlöhne, eine halbstündige Arbeitszeitverkürzung, so daß dieselbe jetzt 9½ Stunden beträgt, und die Freigabe des 1. Mai. Der Tarif ist das Ergebnis mehrerer Verhandlungen, an denen der Vorsitzende des hiesigen Ortsvereins des Lederarbeiterverbandes als Vertreter der Organisation teilnahm.

Während es hier gelang, durch ruhige, sachlich geführte Verhandlungen einen dreijährigen Frieden zu sichern, während hier eine der größten Firmen der hiesigen Lederbranche gegen die Hinzuziehung des Organisationsvertreters nichts einzuwenden hatte und sachlich mit ihm verhandelte, brachte es die Firma Kippermann fertig, gerade umgekehrt zu verfahren. Wegen einer äußerst minimalen Lohnforderung der bei ihr beschäftigten Arbeiter lehnte sie die angebahnten Einigungsversuche rundweg ab und warf am Sonnabend sämtliche Arbeiter auf das Straßenpflaster. Wir befürchten nur, daß diese Handlungsweise ihr wohl den Beifall der Scharfmacher sichert, ihr selbst aber etwas teuer zu stehen kommen wird. Die Arbeiter haben den ihnen aufgedrungenen Kampf aufgenommen und werden ihn, dafür bürgt ihre gute, langjährige Organisation, auch zu einem günstigen Ende führen. Bis auf zwei gehören alle Arbeiter dem Lederarbeiterverbande an, mithin wird der Firma ein Niederringen der Arbeiter nicht so leicht werden und teuer zu stehen kommen. Glacelederfärber und Zurichter werden ersucht, bis auf weiteres Haynau zu meiden.

Görlitz, 16. August. Tödlicher Unfall. An den Folgen eines Unfalles mit dem Fahrrad ist der zweite Lehrer an der Niederschule in Königshain, Arnold, dieser Tage gestorben. Er war vor ungefähr 3 Wochen mit dem Fahrrade gestürzt, als er einem ihm unvorsichtig vor das Rad laufenden Knaben ausweichen wollte. Dabei hatte er sich schwere innere Verletzungen zugezogen, die den Tod herbeiführten. Lehrer Arnold hinterläßt eine Witwe und drei kleine Kinder.

Görlitz, 16. August. Wo sie am sichersten sind. Aus dem Gerichtsgebäude ist der eingemauerte Kessel aus der Waschküche gestohlen worden. Bis jetzt hat man die Diebe nicht ermitteln können.

Primkenau, 16. August. Eine Mißgeburt. Ein Junges mit acht Beinen brachte eine Herrn Bauergutsbesitzer Adolf Woith in Petersdorf gehörige Katze zur Welt. Das abnorme Tier wies einen Kopf, einen vollständig normal ausgebildeten Vorderkörper mit zwei Beinen an jeder Seite und zwei vollständig entwickelte Hinterkörper mit ebenfalls je zwei Beinen auf.

Gleiwitz, 16. August. Zum Leichenfund in Schönwald, worüber wir in der letzten Nummer kurz berichteten, meldet die „Kattowitzer Zeitung" noch folgendes: Vor etwa 6 Wochen verschwand plötzlich der 9jährige Sohn des Bauergutsbesitzers Wieczorke in Schönwald bei Gleiwitz. Der Knabe war um 8 Uhr Morgens zur Schule gegangen, dort aber nicht eingetroffen, und blieb seitdem verschollen. In Schönwald und Umgegend, ja in ganz Oberschlesien, suchte der schwer heimgesuchte Vater sein Kind. Noch Dienstag reiste er nach Barglowka, wo ein Kind aufgefunden worden war. Am Mittwoch war der Geburtstag des Knaben. Abseits vom Dorfe steht ein neugebautes, aber noch unbewohntes Haus, an welches ein Haferfeld grenzt und welches von Schnittern genommen werden sollte. Auf einmal hält ein Schnitter wie erstarrt inne mit der Arbeit. Ein furchtbarer Anblick bietet sich ihm. Im Haferfelde liegt die Leiche eines Knaben. Die rote Jacke sieht man, die schwarzen Hosen, die Schuhe, aus diesen Kleidern aber starrt ein fleischloses Gerippe heraus. Es waren die Ueberreste des verlorenen Knaben. Nicht ein Atom von Fleisch oder Sehnen war zu sehen. Ameisen scheinen jede Spur von Fleisch weggenagt zu haben. Weiß, wie aus Gips, und ganz auseinandergelöst, lag das Gerippe in den Kleidern da. Die Hände waren, wie im höchsten Schmerz, zusammengeballt, ebenso die Zehen gekrümmt. Den weißen Totenschädel umgaben die Haare, die lose um ihn am Boden lagen. Nur an den gut erhaltenen Kleidern erkannte man den Knaben. Die Mütze und die Schultasche mit den Büchern fehlten. Die Fundstelle liegt etwa 600 Meter vom Elternhause entfernt, das leere Haus steht etwa 60 Meter von den anderen Häusern des Dorfes entfernt, 5 Meter vom Hause ab fand man die Leiche. Der Weg zu diesem Hause führt abseits vom Schulwege dorthin. Am 6. Juli ist der Knabe verloren gegangen. Der Knabe war außergewöhnlich intelligent, er kannte Schönwald und seine Umgebung genau. Ohne Zweifel hat ein Mordbube das Kind ins Haus gelockt und dort getötet. Die Leiche wurde dann ins Getreidefeld geworfen. Auf ein Hineinwerfen ins Feld deutet auch die Lage der Leiche. Die Gerichtskommission konnte, da nur noch das Knochengerippe vorlag, nichts über die Todesursache feststellen. Die Teilnahme der Bevölkerung von Schönwald ist allgemein.

Königshütte, 16. August. Sittlichkeitsverbrechen. Ein österreichischer Arbeiter versuchte Sonnabend Abend in der Hüttenteichpromenade ein 8jähriges Mädchen zu vergewaltigen. Er wurde verhaftet.

Königshütte, 15. August. Durch Starkstrom getötet. Auf dem Hermannschachte der Gräfin Laura-Grube verunglückte Sonnabend der Motorwärter Skowpron tödlich. Skowpron kam dem Motor zu nahe, wobei er durch den Strom getötet wurde. Der Körper ist schrecklich verbrannt.

Zabrze, 14. August. Der Gendarm als Pädagogen-Zensor. Oberschlesische Blätter berichten: Vor einigen Tagen wurde ein Lehrer, der seine Klassenschüler aus der Zedlitzschule zum Zwecke geographischen Unterrichts ins Freie und zwar auf die Straße in der Nähe der gen. Schule geführt hatte, von einem Gendarmen angehalten mit der Aufforderung, er solle keinen Auflauf erregen. Als der Lehrer erwiderte, er täte es nicht, sagte der Gendarm, ich weiß wie Sie heißen. Sie heißen (folgt Name) ohne Titulatur. Dieser Vorgang spielte sich in Gegenwart der aufhorchenden Kinder ab, und der jedenfalls kaum geeignet ist, die Autorität des Lehrers in deren Augen zu erhöhen. Dieses durch nichts gerechtfertigte Vorgehen des Gendarmen stellt sich aber auch außerdem als eine Störung des Unterrichts dar. Um dem Ganzen die Krone aufzusetzen, stellte sich der Gendarm zum Schluß noch an der Ecke der Friedrich- und Hedwigstraße auf zur Ueberwachung des Lehrers und seiner Schüler.

---

che. **Posen**, 10. August. Arbeitsstatistik. Interessant und lehrreich ist das Ergebnis einer vom Vorstand des hiesigen Maurerverbandes vorgenommenen Bauenkontrolle und ein Vergleich der in Frage kommenden statistischen Zahlen früherer Jahre. Es waren in Posen beschäftigt: 1904: 1377 Maurer, 75 Poliere und 301 Lehrlinge bei 71 Unternehmern; 1905: 947 Maurer, 105 Poliere und 395 Lehrlinge bei 83 Unternehmern; 1906: 1191 Maurer, 91 Poliere und 262 Lehrlinge bei 107 Unternehmern; 1907: 1119 Maurer, 78 Poliere und 239 Lehrlinge bei 65 Unternehmern; 1908: 601 Maurer, 55 Poliere und 162 Lehrlinge bei 37 Unternehmern. Die unverhältnismäßig niedrigen Zahlen aller vier Kategorien in diesem Jahre zeigen also mit unheimlicher Deutlichkeit die Etappe der Krise. Gesellen, Poliere, Lehrlinge und Unternehmer sind gegenüber einzelnen früheren Jahren bis auf die Hälfte herabgesunken. Der Organisationszugehörigkeit nach waren von den 601 angetroffenen Maurern 476 Zentralverbändler, 75 Christliche, 30 Hirsch-Dunckersche und 20 Unorganisierte. Die Entwickelung des Durchschnitts-Stundenlohnes illustrieren folgende Zahlen: 1904: 46,71 Pf., 1905: 49,78 Pf., 1906: 49,70 Pf., 1907: 51,92 Pf., 1908: 52,92 Pf. 1904 wurden noch bezahlt wöchentlich 59½ Stunden. 1908 dagegen nur 59 Stunden. Die Steigerung des Lohnes wäre somit nicht übel, wird aber durch die Krise und die indirekte Verteuerung der Lebensmittel illusorisch gemacht. Dieses mit großem Fleiß gesammelte Material offeriert ein Bild, von welchem die Posener Arbeiter lernen können. In anderen Berufen sieht es zumeist nicht anders aus. Hier und da ist es noch trüber.

Jastrow, 13. August. Wahlverein. Am Sonntag hielt der Wahlverein eine stark besuchte Mitgliederversammlung ab, in welcher Stellung zum Provinzial-Parteitage genommen wurde. Beschlossen wurde, an den Provinzial-Parteitag das Ersuchen zu richten, daß der Kreisverein mehr Unterstützung erhält. Bezüglich der Maifeier wurde ein Antrag angenommen, wonach die Unterstützung der Ausgesperrten von den Gewerkschaften zu tragen ist. Um die Erwerbung des Bürgerrechts möglichst vielen Genossen möglich zu machen, wurde eine aus drei Mitgliedern bestehende Kommission gewählt, welche das Bürgergeld event. ratenweise von den Genossen einziehen wollen. Hoffentlich kommen viele Genossen diesem Wunsche nach und es ist uns möglich, bei den nächsten Stadtverordnetenwahlen Vertreter unserer Partei wählen zu können.

Rawitsch, 16. August. Diphtheritis. Unter den hiesigen Schulkindern tritt Diphtheritis auf.

Vermischtes.

Religions-Statistik. Das in diesem Jahre erschienene amerikanische Missionsblaubuch enthält eine Religionsstatistik der Gegenwart. Die Zahlen stimmen, wie das Freie Wort feststellt, ziemlich genau mit den von P. Krose S. J. in den Stimmen aus M.-Laach, Jahrgang 1903 veröffentlichten überein. Es sind:

	nach Krose	nach Miss.-Blaubuch
Katholiken	264 506 000	272 638 500
Protestanten	166 627 000	166 066 000
Griechisch-Orthodoxe	117 875 000	120 157 000
Juden	11 027 000	11 220 000
Mohammedaner	202 048 000	216 630 000
Buddhisten	120 250 000	127 935 000
Hindus	210 000 000	209 659 000
Konfuzianer und Taoisten	267 000 000	281 816 000
Schintoisten	17 000 000	24 900 000
Alte indische Kulte	12 114 000	—
Fetischanbeter	144 700 000	157 069 000
Sonstige	2 844 000	15 252 000

Bei den heidnischen Religionen Afrikas und Asiens sind genaue Ermittelungen der Bevölkerungsziffer und des Bekenntnisses bis jetzt nicht ermöglicht; daher die größeren Unterschiede zwischen Krose und dem Missionsblaubuch.

Das „Herz Jesu" als Schießscheibe. Aus Innsbruck wird geschrieben: Aus Anlaß einer großen religiösen Veranstaltung in Bozen im Jahre 1896 hatten mehrere Tiroler Blätter das Verkehren von „Herz-Jesu-Extrazügen" in ihrem Reklameteil angekündigt. Diese Verbindung des göttlichen Herzens mit dem modernen Teufelswagen der Eisenbahn zu Reklamezwecken mutet gewiß recht merkwürdig an. Daß aber das Herz Jesu den biederen Tirolern gar als Schützenscheibe präsentiert wird und der himmlische Vater es als „Best" hergibt, würde wohl niemand glauben, wenn es nicht in einem zum Gebrauche in der Kirche bestimmten Tiroler Liederbuch schwarz auf weiß gedruckt stände. Im 8. Heft der Innsbrucker Monatsschrift „Sendbote des göttlichen Herzens Jesu" ist das erwähnte Lied veröffentlicht, von dem wir nachstehend einige Strophen als Stichprobe wiedergeben:

„Frohlocket ihr Christen und kommet herbei,
Ein geistliches Schießen steht allen heut frei;
Der himmlische Vater als Best gibt her
Das süße Herz Jesu: was wollt ihr noch mehr?

Das süße Herz Jesu die Scheibe tut sein,
Mit Lust und mit Freude zu schießen hinein;
Zuerst laß den Namen schnell schreiben dort ein,
Sodann muß das Leggeld erleget auch sein.

Du darfst auch nicht zittern und feuerscheu sein,
Sonst bringst du kaan Schuß in die Scheibe hinein,
Denn ist kein Vertrauen und Liebe in dir,
Dann fehlst du's Herz Jesu; es hilft nichts dafür.

So üb dich im Schießen, so schieß alle Jahr,
Ja schieß ins Herz Jesu, bis 's Leben ist gar;
Dem himmlischen Vater recht dank für das Böst
Und bitt, dir zu geben den Himmel zulöst."

Briefkasten.

Sprechstunden der Redaktion: Wochentags von 12—1 Uhr Mittags.

Sch., Ströbel. Die fraglichen Lotterielisten sind in der Freitag- und Sonnabend-Nummer der Volkswacht veröffentlicht worden.

Weber, Warthau. Kranken- und Invaliden-Versicherungsbeiträge werden als verdienter Lohn angerechnet.